

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 25.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 22. Juni 1912.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Uken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Rundgebungen zu der neuesten Aktion der „Berliner“ gegen die christl. Gewerkschaften.

Eine authentische Auslassung über die päpstlichen Rundgebungen.

Die päpstlichen Rundgebungen haben bekanntlich viel Staub aufgewirbelt. Die gesamte Presse hat sich mit ihnen beschäftigt. Unsere Gegner sahen schon das Ende, die Auflösung der christlichen Gewerkschaften kommen. Die Erklärungen des Gesamtverbandes, wie auch der einzelnen Organisationsleitungen haben ihnen von vornherein das Konzept verborben. Heute steht bereits fest, daß auch die „Berliner“ nicht auf ihre Rechnung kommen werden. Jedenfalls ist an ein Verbot an die kath. Arbeiter, den christlichen Gewerkschaften beizutreten, nicht zu denken. Und das gerade suchten die „Berliner“ zu erreichen. Sie hofften auf diese Weise die Fachabteilungsidee vor dem vollständigen Zusammenbruch zu retten. Die unehrliche Art ihres Vorgehens wird ihnen erst recht zum Verderben gereichen.

In der „Köln. Volksztg.“ (Nr. 513) veröffentlicht Dr. F. Heiner, Auditor der römischen Rota (päpstliche Behörde, d. Red.), einige „Erläuterungen und Richtigstellungen“ zu seinen früher schon veröffentlichten, inhaltlich und textlich approbierten telegraphischen Auslassungen über die päpstlichen Rundgebungen. Diese Erläuterungen und Richtigstellungen sollen zur Beruhigung und Ermunterung der Mitglieder der kath. Arbeitervereine dienen. Sie sind interessant genug, um auch hier Erwähnung zu finden.

Dr. Heiner sagt zunächst, der Papst habe in seiner privaten Ansprache an Pfarrer Beyer nicht die kath. Arbeitervereine des Verbandes von Süd-, Ost- und Westdeutschland, sondern offenbar die christlichen Gewerkschaften gemeint, die der Papst ihrer Interkonfessionalität wegen zwar nicht billige, aber auch nicht verurteilen wolle, wie dies im Offiziellromano vom 24. Januar 1906 erklärt worden sei. Der Apostolische Stuhl habe es ausdrücklich den Bischöfen freigestellt, diejenige Richtung der Gewerkschaften zuzulassen und zu billigen oder zu bevorzugen, die den jeweiligen Bedürfnissen ihrer Diözesen und Provinzen am besten entspreche; beide Richtungen habe er wegen ihrer Ziele als gut bezeichnet, wenn er auch vom prinzipiellen Standpunkte die nicht interkonfessionellen Gewerkschaften bevorzuge. Was auf der einen Seite grundsätzlich besser sei, könne auf der andern Seite praktisch dennoch gut sein. Auf diesem Standpunkt stehe Papst Pius auch heute noch. Es sei keinerlei Veränderung in seiner bisherigen Haltung den christlichen Gewerkschaften gegenüber eingetreten.

Dazu einige Bemerkungen. Zunächst bezüglich des den Bischöfen freigestellten Rechtes der Zulassung, Billigung oder Bevorzugung der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen. Die christlichen Gewerkschaften sind nationale Zentralorganisationen. Sie müssen naturgemäß darnach streben, in allen Teilen Deutschlands Mitglieder zu werben. Auf dieses Recht können sie im Interesse der Bewirklichung ihrer wirtschaftlichen Bestrebungen nicht verzichten. Eine Bewegung wie die unsrige darf bezüglich ihrer Ausbreitung nicht von dem Wohlwollen einzelner, wenn auch noch so hochstehender Personen abhängig gemacht werden. Nur dann haben die Mitglieder Vertrauen zu ihr, wenn sie auf festem Boden aufgebaut ist. U. E. liegt auch nicht der geringste Grund vor, den christlichen Gewerkschaften in der Beziehung irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. Wir sind weiter auch der Ansicht, daß der Satz: Was grundsätzlich besser sei, könne praktisch dennoch gut sein, auf die Fachabteilungen der „Berliner“ nicht zutrifft. Das gerade zu jänmer-

liche Fiasko, das die Fachabteilungsidee in der Praxis erlitten hat, ist hierfür Beweis genug.

Dr. Heiner sagt dann weiter, was Papst Pius stets gefürchtet habe und noch fürchte, seien die Gefahren, denen der kath. Arbeiter durch seine Zugehörigkeit zu den interkonfessionellen Gewerkschaften ausgesetzt sei. Die maßgebenden Faktoren der christlichen Gewerkschaften hätten es in der Hand, diese Gefahren, soweit sie bestehen, hintanzuhalten, insbesondere durch allseitige und intensive Pflege der konfessionellen Arbeitervereine. Diesen weist er als Aufgaben zu:

„Sie müssen ihren Hauptnachdruck legen auf die religiös-sittliche Hebung des Arbeiterstandes, indem sie ihre Mitglieder durch Vorträge, Exerzitien usw. in ihrem Glauben und in ihrer Treue zur Kirche stützen, zu den Standestugenden anhalten und zur öffentlichen Betätigung ihrer Ueberzeugung aneifern. Gerade heute tut es wegen der Gefahren des Sozialismus doppelt not, daß die katholischen Arbeitervereine gepflegt und moralisch gehoben werden und ihren religiösen Zweck mit doppeltem Eifer verfolgen. Für derartige religiös geschulte und überzeugungs-treue Arbeiter bildet dann die Zugehörigkeit zu den interkonfessionellen Gewerkschaften keine Gefahr; im Gegenteil, die Arbeiter, die in dieser Weise mit festen katholischen Grundsätzen erfüllt und mit entsprechenden Fachkenntnissen ausgerüstet sind, werden auch in der gewerkschaftlichen Tätigkeit den rechten Weg zu finden, innezuhalten und zu behaupten wissen. Ja, sie werden die Kerntruppe in der Arbeiterschaft abgeben, und es ist zu hoffen, daß es durch sie immer mehr gelingt, den sozialdemokratischen Einfluß allmählich auch in der nichtchristlichen Arbeiterbewegung zu bannen.“

Der kath. Arbeiter werde dann — wenn nötig — auch in den akonfessionellen Gewerkschaften seine kath. Grundsätze zu vertreten wissen und sich eventuell in zweifelhaften Fällen von der kirchlichen Autorität Rat und Unterweisung holen. Das werde aber nur selten nötig sein, denn:

„Die Gewerkschaften sollen ja eben nichts anderes als gewissermaßen eine Versicherung zur vorteilhaften Bewertung ihrer Arbeitskraft bilden. Alle anderen Aufgaben liegen tatsächlich nicht in ihrem Bereiche. Sie sollen insbesondere nicht die Aufgaben der religiösen oder christlichen Belehrung und moralischen Erziehung zu den übrigen machen, so daß sie Furcht, es möchte durch den engen, steten Verkehr mit Andersgläubigen religiöse Gleichgültigkeit und gefährliche Nachgiebigkeit in der Vertretung kirchlicher Grundsätze unter den katholischen Arbeitern Platz greifen, oder es möchte durch das Zusammengehen der katholischen Arbeiter mit ihren akatholischen Kollegen den ersteren die Möglichkeit genommen werden, sich in ihren wirtschaftlichen Angelegenheiten von den katholischen Grundsätzen leiten zu lassen, praktisch kaum eine Unterlage hat. Beiderlei Aufgaben sind und bleiben ausschließlich den konfessionellen Arbeitervereinen vorbehalten.“

Auf diese Ausführungen sei erwidert: Die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften sind wohl alle auch Mitglieder der katholischen Arbeitervereine. Sie haben es sich stets angelegen sein lassen, sowohl den Ursbau der bestehenden, wie auch die Gründung neuer Arbeitervereine nach Kräften zu fördern. In manchen Fällen haben sie hierzu die erste Anregung gegeben. Oft genug haben sie es bitter beklagt, wenn sie hierbei gerade bei den maßgebenden Personen des Ortes auf Widerstand stießen. Die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind in der Regel auch die tüchtigsten und eifrigsten Mitglieder der katholischen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendvereine. Darum hat die Furcht, die Zugehörigkeit der katholischen Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften bilde für erstere eine religiöse Gefahr, keine stichhaltigen Grundlagen. Diese Gefahr ist sicher nicht größer, wie jene, die sich aus der Zugehörigkeit

von Katholiken anderer Erwerbsstände zu den interkonfessionellen wirtschaftlichen Interessenvertretungen dieser Stände ergibt.

Weiter! Die dem Kartellverband angeschlossenen Arbeitervereine haben gerade die Aufgaben, die ihnen Dr. Heiner zuweist, von jeher gehegt und gepflegt. Letzterer gibt übrigens deren unbedingte kirchliche Zuverlässigkeit selbst zu. Die christlichen Gewerkschaften ihrerseits haben sich nie angemast, die „Aufgaben der religiösen oder christlichen Belehrung und moralischen Erziehung“ zu den übrigen zu machen. Auch den christlichen Gewerkschaften gegenüber bestätigt übrigens Dr. Heiner, daß Tatsachen, die deren Duldung unmöglich machen oder ein Einschreiten gebieten, nicht vorliegen. Solche seien von ihnen bis jetzt tatsächlich vermieden worden.

Ungeachtet dessen muß man sich fragen: Womit will man denn das jegliche Vorgehen gegen die christlichen Gewerkschaften rechtfertigen? Womit das Mißtrauen diesen gegenüber begründen, das in diesem Vorgehen liegt? Die Ausführungen Dr. Heiners sind eine Bestätigung dessen, was wir von vornherein betont haben. Rom ist über die christlichen Gewerkschaften falsch informiert worden. Der Verdächtigungs- und Verleumdungsfeldzug der „Berliner“ hat diese bedauerlichen Rundgebungen verursacht. Und da möchten wir mal mit aller Entschiedenheit betonen: Es ist die allerhöchste Zeit, daß diesen Leuten ihr unehrliches Handwerk gelegt wird. Der Schaden, den sie bisher angerichtet haben, ist wahrhaftig schon groß genug. Oder will man ruhig zusehen, bis schließlich auch in Deutschland das einzige Volkswerk, das gegenüber der sozialdemokratischen Hochflut noch Stand zu halten vermag, die christlich-nationale Arbeiterbewegung, in Trümmern liegt? Wir hegen die feste Zuversicht, daß die letzten Vorgänge bei den maßgebenden Stellen Veranlassung zu energischem Einschreiten geben werden. Die „Berliner“ müssen in die Schranken gewiesen werden. Nur dann wird der Wunsch von Dr. Heiner, „daß endlich die gegenseitigen Bekämpfungen und Reibungen der beiden Richtungen aufhören möchten,“ in Erfüllung gehen können.

Die katholischen Arbeitervereine über die Rundgebungen des Papstes.

Die westdeutschen katholischen Arbeitervereine.

Die auf dem Frankfurter Kongreß versammelt gewesenen Arbeitervereine hatten in erster Linie Veranlassung, zu den päpstlichen Rundgebungen Stellung zu nehmen. Das ist denn auch geschehen. Am 7. Juni waren die Bezirkspräsidenten der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln zusammen. Von der Konferenz wurde eine „Erklärung“ der Presse übergeben, worin es u. a. heißt, daß das Vorgehen der „Berliner“ „eine absichtliche Umgehung des deutschen Episkopates, eine schmählige Verdächtigung von hunderttausenden katholischen Arbeitern darstelle, die im sozialen und öffentlichen Leben mit Befennermut und opferwilliger Hingabe die Sache des Katholizismus, obenan nach der religiösen Seite hin, gegen die Uebermacht einer sozialistischen Bewegung verteidigt haben; die vielfachen Anerkennungen ihrer Erfolge beweisen, daß wie nirgendwo gerade auf Seiten der Mitglieder des Kartellverbandes im privaten und öffentlichen Leben wahrhaftige tatkräftige Glaubensstreue verwirklicht wurde. Das Vorgehen des Berliner Verbandes stellt ferner dar eine ebenso schmählige Verdächtigung tausender katholischer Priester in den verschiedensten kirchlichen Stellungen, deren korrekte kirchliche Haltung über allen Zweifel erhaben ist, die den gewerkschaftlichen Gedanken in den Arbeitervereinen

pflegten unter ausdrücklicher Zustimmung und Ermunterung ihrer zuständigen Bischöfe.

Insbesondere hat der Diözesanverband der Erzdiözese Köln mit seinen 359 Arbeitervereinen und nahezu 80 000 Mitgliedern die christlichen Gewerkschaften seit ihrem ersten Auftreten gefördert im Einverständnis mit den früheren Erzdiözesanen Philippus Kremenß und Hubertus Sinar, wie namentlich auch unter ausdrücklicher Billigung seines gegenwärtigen Erzdiözesanen Kardinal Fischer. Unter der gewerkschaftlichen Betätigung hat das religiöse Wirken der katholischen Arbeitervereine in keiner Weise gelitten, im Gegenteil kräftige Förderung erfahren. Unsere Vereine haben in Wort und Schrift die kirchliche Gesinnung ihrer Mitglieder, besonders auch zwecks Wahrung der katholischen Grundsätze im öffentlichen Leben mit sichtbarem Erfolge gepflegt. Das beweisen ihre vielfachen kirchlichen Einrichtungen, z. B. die öfteren gemeinsamen heiligen Kommunionen, die Arbeitererzertilien usw., wie auch die Vortragsprogramme ihrer Versammlungen und Unterrichtskurse, die Beratungen ihrer Diözesan- und Bezirksdelegiertentage.

Die ungerechten Vorwürfe, die der Berliner Verband gegen die Haltung der Vereine unseres Kartellverbandes mit ihren geistlichen Präsidien erhoben hat, treffen nicht bloß diese und den Episkopat. Auch sonstige katholische Ständevereine haben zu interkonfessionellen wirtschaftlichen Organisationen eine gleiche oder ähnliche Haltung angenommen wie die katholischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften, so z. B. die katholischen Gesellenvereine. Derartige wirtschaftliche Organisationen haben eben alle Stände in unserem Vaterlande, nicht bloß der Arbeiterstand. Auch für unsere Arbeitervereine ist daher die Pflege des Gewerkschaftsgedankens ein unentbehrlicher Bestandteil ihres Programms, das auf die Wahrung auch der wirtschaftlichen Interessen einer Ständebewegung hinzielt.

Durch die nun mehr als ein Jahrzehnt anhaltenden Verdächtigungen der kirchlichen Korrektheit unserer katholischen Arbeitervereine, die auf Tausende von Geistlichen, ja sogar auf unsere Bischöfe zurückfallen, fügt der Berliner Verband der kirchlichen Autorität größeren Schaden zu, als es die Geze der Sozialdemokratie jemals vermöchte.

Eine ähnliche Kundgebung erließen die Präsidien der katholischen Arbeitervereine aus der Diözese Paderborn. Die katholischen Arbeitervereinspräsidien der Diözese Münster wandten sich an ihren Bischof mit der Bitte, sie beim Papste gegenüber den Verdächtigungen der „Berliner“ in Schutz zu nehmen. Der Bischof sagte gerne zu.

Die süddeutschen katholischen Arbeitervereine.

In einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins Freiburg i. B. nahm der bekannte katholische Sozialpolitiker und Führer der katholischen Arbeiterbewegung Süddeutschlands, Dr. Rehschach, zu der neuesten Aktion gegen die christlichen Gewerkschaften u. a. mit folgenden Worten Stellung:

„Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen falsche Informationen kirchlicher Behörden durch Berliner Quertreiber. Wir fürchten nicht, daß die christlichen Gewerkschaften zertrümmert werden. Weltgeschichte und Kirchengeschichte sagen uns, daß große Bewegungen, auch wenn sie noch so gesund waren, mit Hemmnissen zu rechnen hatten. Schließlich führten sie doch zum Ziele! Seien wir einig! Halten wir treue Waffenbrüderchaft zwischen Arbeiterchaft und Gewerkschaft! Eine solche Darstellung unserer Gedanken und eine gerechte Würdigung unserer Arbeit wird sicher wieder eine Wendung bringen!“

Ganz in demselben Sinne redete Diözesanpräses Walterbach in einer überaus stark besuchten Versammlung in München. Er feierte die Treue in der Waffenbrüderchaft zwischen Arbeitervereinen und Gewerkschaften.

Die ostdeutschen katholischen Arbeitervereine.

Der Bezirksverband Meisse der katholischen Arbeitervereine hat allzeit treu zu den christlichen Gewerkschaften gestanden. Er ist vor langer Zeit aus dem „Berliner“ Verband ausgetreten wegen dessen Stellung zur Gewerkschaftsfrage und hat mit anderen katholischen Arbeitervereinen des Ostens den Ostdeutschen Verband katholischer Arbeitervereine gegründet. Dieser erblüht in der eifrigsten Förderung der christlichen Gewerkschaften eine seiner besten Aufgaben. Nun hielt der Bezirksverband Meisse am 30. Mai in Meisse seinen Delegiertentag ab. Auf dieser Tagung wurde auch Stellung zu den neuesten Kundgebungen des Papstes genommen und dabei beschlossen, daß die katholischen Arbeitervereine des Bezirks nach wie vor treu zu den christlichen Gewerkschaften ständen. Sie lassen sich aber deshalb nicht den Vorwurf gefallen, weniger nach katholischen Grundsätzen zu handeln, als katholische Arbeitervereine anderer Richtung: „Wir haben zwar keine Zeit und kein Geld, um alle Augenblicke nach Rom zu fahren und dort unsere Liebe und Treue vor hl. Kirche mit lauten Worten zu verkünden, aber wir betätigen unseren katholischen Glauben praktisch im Leben. Die Vereine des Meisser Bezirks haben wahrlich keine Ursache, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen, sie haben bisher fleißig gearbeitet und werden es auch in Zukunft tun.“

Diese Kundgebungen der katholischen Arbeitervereine, denen sich im Laufe der nächsten Woche sicherlich noch mehrere Vereine anschließen werden, wirken außerordentlich erfreulich und beruhigend zugleich. Das treue Zusammenstehen von Arbeitervereinen und Gewerkschaften wird instande sein, den von den „Berlinern“ aus dem Hinterhalt geführten Streich erfolgreich abzuwehren.

Unsere evangelischen Mitglieder zur neuesten Aktion der „Berliner“.

Eine Erklärung von evangelischen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären.

Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Martin aus Witten fand am 10. Juni in Hagen eine Konferenz von 25 evangelischen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären des rheinisch-westfälischen Industriegebietes statt, die zu der gewerkschaftlichen Tagesfrage nachstehende Entscheidung faßte:

„Die Konferenz bedauert lebhaft, daß durch den jüngsten Vorstoß der katholischen Fachabteilungen und die daran anschließenden Vorgänge neue Beunruhigung in die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung getragen worden ist. Durch solche Störungen des konfessionellen Friedens wird nur die Sozialdemokratie gefördert, und die gesunde nationale und soziale Entwicklung des deutschen Volkes gestört. Die Konferenz nimmt mit großer Befriedigung Kenntnis von den Erklärungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der diesen angehörenden Unterverbände, durch welche öffentlich die Interkonfessionalität, politische Neutralität und Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften festgestellt wird. Unsere evangelischen Kollegen, die in den christlichen Gewerkschaften ein völlig gleichberechtigter Teil sind, fordern wir auf, mit Nachdruck für die Stärkung derselben als der geeignetsten Organisationsform zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung einzutreten, während wir ihnen zur Pflege der sittlichen und religiösen Gesinnung die Mitarbeit in den evangelischen Arbeiter- und Junge-Männer-Vereinen empfehlen.“

Eine machtvolle Kundgebung der evangelischen Arbeitervereine an der Porta Westfalica

fand am 9. Juni am Kaiser Wilhelm-Denkmal bei Porta Westfalica statt. Wohl an 25 000 Personen hatten sich versammelt, wovon die weit überwiegende Mehrzahl aus Arbeitern evangelischen Glaubens bestand. Von bekannten Führern in der evangelisch-sozialen Bewegung sprachen Gewerkschaftssekretär Oberhoffel, Redakteur Wallbaum, Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens, Professor Dr. Schrader-Bielefeld, Amtsgerichtsrat Lattmann, Pastor Dr. Philipp, Direktor Stuhmann, Pastor Dr. Müller. Sie alle verkündeten die Treue zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung, insb. zu den christlichen Gewerkschaften. Mit brühnendem Beifall wurden namentlich folgende Ausführungen des Kollegen Stegerwald aufgenommen:

Heute stehe als unbestreitbare Tatsache fest, daß neben den sozialdemokratischen lediglich die christlichen Gewerkschaften sich eine achtbare Stellung im deutschen Volksleben erworben hätten. Für konkurrenzfähige konfessionelle Gewerkschaftsorganisationen fehlten in Deutschland sowohl praktisch die Voraussetzungen, wie sie auch grundsätzlich verfehlt wären. Die Hintermänner der katholischen Fachabteilungen hätten sich als vollständig unfähig erwiesen, aufbauende organisatorische Arbeit zu leisten. Der Vorstoß der „Berliner“ in Rom sei als eine Verzweiflungstat anzusehen, mit der man glaubte, aus einer unangenehmen Situation herauszukommen. Aber auch damit könne ein verfehltes System nicht gerettet werden. An den Grundsätzen und der Praxis der christlichen Gewerkschaften würden die Vorgänge der letzten Wochen nicht das allermindeste ändern. Die gewerkschaftliche Treue und Waffenbrüderchaft der katholischen und evangelischen Arbeiter sei unerwütterlich.

Reichstagsabgeordneter Behrens führte aus: Deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit haben sich die Achtung der Welt erworben. Der Wohlstand im Lande wächst, auch der Wohlstand der Massen. Unsere soziale Verjäherungsgeheißung steht merrettich da. Der sozialdemokratische Geist muß, wenn er zur Herrschaft gelangt, unseren Volke zum Verderben gereichen. Die Gründung der christlichen Gewerkschaften, die unter großen Opfern stark geworden sind, war daher eine nationale Tat. Die Geister scheiden sich immer mehr. Die Lehre vom Klassenkampf, die falsch ist, vertreiben die christlich-nationalen Arbeiter. Wir alle sind Glieder eines Volkes und gehören zusammen. Wirtschaftsfragen dürfen nicht höher stehen als die höchsten Fragen des Menschendaseins und der Nation. Höher als der Profit und die Existenzverhältnisse steht das Verhältnis zu Gott, zu König und Vaterland. Die Gegenwart fordert, daß wir Bekennern sein haben gegenüber den ungläubigen, vaterlandslosen Seelen. Die christlich-deutschen Männer müssen vor die Front, evangelische wie katholische. Wir lassen uns nicht trennen.

Zum Schluß richteten Pastor Dr. Müller und Redakteur Wallbaum die Bitte an die Teilnehmer, allezeit treu und mutvoll für die christlich-nationale Sache zu streiten, denn sie sei es wert, daß man seine Kraft dafür einsetze.

Sämtliche Redner ernteten rauschenden Beifall für ihre Ausführungen. Gegen 6 Uhr erreichte die imposante Kundgebung ihr Ende, und unter den Klängen der Musikchöre zogen die Mengen nach allen Richtungen wieder ab, neue Begeisterung im Herzen für die große christlich-nationale Sache.

Erklärungen einiger Berufsverbände.

Der Vorstand des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter erläßt folgende Erklärung:

„Die durch die Verleumdung von „Sitz Berlin“ entstandenen, irrigen Auffassungen über unsere Bewegung können und werden für den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands keine Veranlassung sein, von dem bisherigen Wege abzugehen. Unser Verband ist und bleibt eine Organisation zu bestimmten wirtschaftlichen Zwecken und bildet keine kirchliche Vereinigung. Das System von „Sitz Berlin“ lehnen wir ein für alle mal ab.“

So lange, wie man den Beamten, Handwerkern, Landwirten, Industriellen usw. nicht vorschreibt, ihre Organisationen nach dem System von „Sitz Berlin“ einzurichten, und so lange man diese Vorschrist nicht auch auf die Arbeiter aller anderen Länder ausdehnt, können wir dieser Frage nicht ernstlich nahetreten.

Eine Ausnahmepflicht für die deutschen Arbeiter erkennen wir nicht an. Gerade die deutsche Arbeiterschaft bedarf dringend einer starken christlich-nationalen Arbeiterbewegung, so, wie wir sie in jahrelanger unermüdlicher Arbeit geschaffen haben.

Verdienstlicher, wie die christlichen Organisationen fortgesetzt zu verleumden, wäre es für „Sitz Berlin“, sich ernstlich um die Hunderttausende von christlichen Arbeitern zu kümmern, die teilweise gezwungen den religions- und staatsfeindlichen sozialdemokratischen Verbänden angehören. Rund tausend Uebertritte aus dem sozialdemokratischen zu unserem Verbande in den letzten zwei Jahren beweisen, daß wir auch auf dem Gebiete praktische Arbeit leisten.

Unsere Mitglieder in Stadt und Land, in Ost und West, in Nord und Süd fordern wir hiermit auf, sich durch nichts in ihrer Treue zu unserem Verbande irre machen zu lassen. Bleiben wir fest wie die deutsche Eiche. Eine auf der ganzen Linie einsetzende Werbearbeit für unseren Verband ist die beste Antwort, die wir den Gegnern der christlichen Gewerkschaften erteilen können.

Der Vorstand des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Der Metallarbeiterverband.

„Gegen die fortgesetzten Beunruhigungen und Verdächtigungen der christlichen Gewerkschaften müssen wir aufs nachdrücklichste Verwahrung einlegen. Die christlichen Gewerkschaften haben von Anfang an sich der Zustimmung und Aufmunterung von hohen kirchlichen Würdenträgern beider Konfessionen erfreut. Wiederholt haben sich deutsche Bischöfe zu ihren Gunsten ausgesprochen und sie der Unterstützung empfohlen. Papst Pius X. selbst hat vor nicht langer Zeit den Kardinal Erzbischof von Köln erklären lassen, daß er in der sogenannten Gewerkschaftsfrage nach wie vor den seitberigen Standpunkt einnehme, daß er nämlich den beiden Richtungen, die in dieser Hinsicht in Deutschland bestehen, gleichmäßig neutral gegenüberstehe. Der Kardinal von Köln fügte eigens hinzu: Das dient zur Beruhigung für unsere katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften beigetreten sind oder beizutreten gedenken. Inzwischen ist seitens der christlichen Gewerkschaften nichts geschehen, was eine andere Stellungnahme rechtfertigen könnte.“

Unsere Organisation haben wir zum Schutze der christlichen Metallarbeiter geschaffen. Nicht bloß ihres wirtschaftlichen Interesses willen, sondern auch damit sie in ihrer religiösen und nationalen Ueberzeugung nicht verfehlt werden. Unsäglich viel Mühe, Arbeit und Opfer an Geld hat es gekostet, um die Organisation auf die jetzige Höhe zu bringen. Tausende von gleichgesinnten Kollegen haben nach ihrer schweren Tagesarbeit ihre Kraft in den Dienst der Bewegung gestellt, und diese Mühe, dieser Idealismus soll nicht umsonst gebracht sein.

Die christlichen Metallarbeiter, ob katholisch oder evangelisch, werden treu und fest zusammenstehen, wie in der Vergangenheit, so in der Zukunft: Treue um Treue!“

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter

hat seinen Standpunkt wie folgt dargelegt:

„Es hieße die Zentralregierung der katholischen Kirche beleidigen, wollte man annehmen, sie würde vom Arbeiterstande eine konfessionelle Organisation fordern und bei anderen in Glaubenssachen vielfach weniger aufgellärten und gefestigten Ständen eine interkonfessionelle Organisation zulassen. Das tun, was die Anhänger der katholischen Fachabteilungen wollen, heißt auch, die deutschen Arbeiter verraten und sie unfähig machen, ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Den Haupttunungen davon hätten vorübergehend die Arbeitgeber und dann die Sozialdemokratie.“

Wir werden deshalb wie bisher weiter arbeiten. Unsere Grundsätze werden nicht geändert. Nach wie vor werden im Gewerbeverein Evangelische und Katholiken einig und treu zusammenarbeiten. Der Gewerbeverein soll eine ehrliche und erfolgreiche Arbeitervertretung bleiben. Die unserer Bewegung angehörenden Katholiken aber erwarten, daß den gekennzeichneten unberechtigten

Verdächtigungen unserer Bewegung endlich mal ein Ende gemacht wird."

Das „Zentralblatt“

schreibt: „Was nun?! Das ist die Frage, welche die evangelischen Kollegen erwartungsvoll an ihre katholischen Freunde richten!“

Was nun?! Das ist die Frage, die tausende katholische Arbeiter, mutige Streiter für ihre christliche Überzeugung, mit bitterer Behmut im Herzen, sich selbst vorlegen. Sie haben für ihre christlichen Lebensideale die schwersten Opfer gebracht. Verachtung und Haß der Sozialdemokratie haben sie mutig ertragen, nicht beachtet; Terrorismus und Achtung, Hunger und Entbehrung haben sie auf sich genommen, von einer Arbeitsstelle zur anderen, von einer Stadt zur anderen hat die sozialdemokratische Verfolgungswut sie gekehrt. Sie haben den schärfsten Gottes- und Christenhassern mutig die Stirne geboten und aufrecht gestanden! Und nun schleudern eigene Glaubensgenossen, die ihre Freunde sein sollten, die Herren von „Sitz Berlin“, ein giftiges Geschloß aus dem Hinterhalt!

Und in unseren Ohren gellt das fanatische Jubelgebrüll der sozialdemokratischen Presse, die uns mit Hohn und Spott überschüttet und schon ihren gefürchtetsten und erfolgreichsten Gegner — die christlich-nationale Arbeiterbewegung zusammenbrechen sieht. Sie jubeln zu früh! Was nun?!

Wir sagen: Habt Vertrauen zu euren Führern, die mit euch stehen und fallen.

Wir sagen: Wir wollen aufrechtstehen; wir wollen zusammenstehen in alter Treue und Brüderlichkeit! Es liegt kein Unfug vor, uns in unserer Arbeit betören zu lassen. Die schleichenden Verleumder und die mit ihnen jubelnden fanatischen Hasser des Christentums werden ihre schändlichsten Wünsche nicht erfüllt sehen. Es wird alles geschehen, um die schamlosen Verleumdungen und Verdächtigungen, die gegen die christlichen Gewerkschaften geschleudert wurden, zurückzuweisen.

Haben wir also in dieser schweren Zeit volles Vertrauen zueinander?

Die beste Antwort auf diese Angriffe der finanziell und moralisch bankrotten Fachabteilungsfanatiker ist eine umfassende Agitation auf der ganzen Linie zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Einmütig in die christlichen Gewerkschaften! Sei die Parole!

Ferner haben noch zum Teil prinzipiell bedeutende Erklärungen abgegeben der Bauhandwerkerverband, der Verband christlicher Tabakarbeiter, der Gutenbergbund und eine Reihe anderer Bruderverbände.

In allen Erklärungen kommt der entschiedene Wille zum Ausdruck, an dem interkonfessionellen Charakter und an der Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften unter allen Umständen festzuhalten.

Wird der Papst den kath. Arbeitern verbieten, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen?

Auf diese von ihm selbstgestellte Frage antwortet das Paderborner „Westfälische Volksblatt“ in Nr. 153:

Das wird unmöglich geschehen können. Man denke einmal an die vielen interkonfessionellen Verbände, die sich mit allerlei besonderen Fragen befassen. Die Ärzte haben sich interkonfessionell organisiert, um ihre Standesinteressen zu vertreten, ebenso die Philologen, die Techniker und andere Bevölkerungsgruppen. Wenn der Papst den katholischen Arbeitern verbieten will, sich den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften anzuschließen, so muß er konsequent auch den katholischen Unternehmern verbieten, sich an interkonfessionellen Unternehmerverbänden zu beteiligen. Dann muß er auch den katholischen Bauern den Beitritt zu den interkonfessionellen Bauernvereinen untersagen, den katholischen Handwerkern den Beitritt zu den interkonfessionellen Innungen, den katholischen Beamten den Beitritt zu den interkonfessionellen Beamtenvereinen. Die Konsequenz müßte noch viel weiter getrieben werden und den Katholiken die Mitgliedschaft an allen nicht-katholischen Vereinen untersagt werden, der Katholik dürfte nicht Mitglied werden im Deutschen Sprachverein, im Sauerländischen Gebirgsverein, im Altertumsverein, im Regellub und Wandervogel, im Flotten- und Kriegerverein, denn alle diese Vereine sehen ab vom Katholizismus. Es würde aber geradezu ungeheuerlich sein, wenn ein solches Verbot erginge.

Nun könnte jemand sagen, daß bei den Arbeitervereinen eine Ausnahme gemacht werden müßte. Aber diese Ausnahme müßte doch begründet werden. Die Gründe aber könnten sachlicher oder persönlicher Art sein. Wenn die christlichen Gewerkschaften sich nicht auf das rein Wirtschaftliche und Berufliche beschränken, sondern Weltanschauungsfragen besprechen und behandeln, so muß der Papst unter Umständen einschreiten können. Das ist gewiß, ebenso gewiß als der Papst verbieten kann, einem bestimmten Regellub anzugehören, wenn derselbe seinen Vereinszweck überschreitend gegen die katholische Kirche arbeitet. Aber erst muß doch nachgewiesen werden, daß die christlichen Gewerkschaften tatsächlich die katholische Kirche bekämpfen, und das wird auch immer darauf, rein theoretisch die Unmöglichkeit nachzuweisen, das Berufliche und Wirtschaftliche vom Religiös-Sittlichen zu trennen. Warum kann es jedoch bei Beamten, bei Bauern, bei Gelehrten usw. getrennt werden? Die heillose Inkongruenz bleibt bestehen. Oder liegen die Gründe in der Person des Arbeiters? Dieser Fall kann nur vorliegen, wenn der Arbeiter ent-

weder zu dumm ist, daß er den Verkehr mit Andersgläubigen zu Erreichung wirtschaftlicher oder politischer Zwecke nicht ohne Schaden für seinen Glauben übertragen kann, oder aber er ist so wenig gefestigt im Glauben, daß dieser Verkehr ihn religiös zunichtert. Beide Behauptungen schließen eine schwere und ungerechte Verleumdung unserer katholischen Arbeiter in sich. Sie stehen in stetem Kampfe für ihren Glauben gegen den Sozialismus, sie zeigen bei Wahlen sehr häufig ein besseres religiöses Bewußtsein als andere Berufsgruppen, die einen viel höheren Prozentsatz an die kirchen- und glaubensfeindlichen Parteien abgeben als die katholische Arbeiterschaft. Also noch einmal: Es würde ungerecht und beleidigend sein, wenn der Papst den katholischen Arbeitern verbieten wolle, den christlichen Gewerkschaften anzugehören, während den Katholiken der übrigen Erwerbs- und Berufsgruppen der Beitritt zu interkonfessionellen Verbänden freisteht, es würde unlogisch und inkongruent sein.

Diese Inkongruenz tritt um so mehr hervor, wenn man bedenkt, daß die Kirche sogar jenen Verein als gemischt gelten läßt und unter gewissen Bedingungen segnet, der die denkbar innigste Lebensgemeinschaft bedeutet. Die gemischte Ehe wird von der Kirche unter den bekanntesten Bedingungen, welche die Ueberzeugung des katholischen Volkes und die katholische Erziehung der Kinder sicherstellen sollen, kirchlich geschlossen. Wie kann dieselbe Kirche den Beitritt zu einer Verbindung verbieten, die viel loyaler ist und durch ihren rein wirtschaftlichen Korporationszweck eine Glaubensgefahr durchaus nicht bedeutet? Es ist traurig, daß die Berliner Richtung durch einseitige und unrichtige Berichte in Rom gegen deutsche Katholiken Stimmung zu machen sucht, die eine der gewaltigsten Schutzwehren gegen die glaubensfeindlichen Strömungen unserer Zeit bislang gebildet haben und durch nichts Grund zu der Befürchtung gegeben haben, daß es anders werden könnte.

Daß ein Verbot, den christlichen Gewerkschaften beizutreten, kommen wird, ist auch deshalb ausgeschlossen, weil der deutsche Episkopat, der berufene Hüter der katholischen Religion, die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften ausdrücklich untersagt. Die Bischofskonferenz zu Fulda von 1910 hat die beiden Organisationen anerkannt und fordert in Punkt 5 ausdrücklich, daß „die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sowohl wie die christlichen Gewerkschaften sich nicht gegenseitig vertekern“ sollen. Mehrere Bischöfe, darunter auch der Paderborner, haben in öffentlichen Ansprachen den christlichen Gewerkschaften ihr volles Vertrauen, ausgesprochen und der Erzbischof von Köln hat in einem Hirtenbriefe, der von der Kanzel verlesen wurde, noch eigens bemerkt:

„Ich füge noch eigens bei, daß der Papst mit Entschiedenheit erklärt hat, daß er in der sogenannten Gewerkschaftsfrage nach wie vor den bisherigen Standpunkt einnehme, nämlich, daß er den beiden Richtungen, die in dieser Hinsicht in Deutschland bestehen, gleichmäßig neutral gegenüberstehe. Das dient zur Beruhigung für unsere katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften beigetreten sind oder beizutreten gedenken.“

Sehr lehrreich in der vorliegenden Frage ist die Beurteilung der päpstlichen Stellungnahme gegen eine französische Organisation, den Sillon, der von der Berliner Richtung mit den christlichen Gewerkschaften auf eine Stufe gestellt wird. Nichts ist so unrichtig als dieses. Die Rolle des Sillon hat vielmehr bei uns der Arbeiterverein (Sitz Berlin), wenn man von dem einen Umstand absteht, daß der Sillon interkonfessionell war, die Berliner Richtung aber katholisch ist. Das Programm des Sillon war wie jenes der Berliner Richtung zugleich religiös-sittlicher, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Natur. Der Sillon war eine Vereinigung, welche die Zwecke des Volksvereins für das katholische Deutschland, der katholischen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften, des Winthorstbundes und des Zentrums zugleich erstrebte. Gerade diese Vermengung und Ueberbelastung haben zu seiner Verurteilung geführt. Die deutschen Organisationen haben durch die Trennung der Gebiete einem gleichen Schicksal vorgebeugt. Die Berliner Richtung allein ist jene schlimmen Bahnen gewandelt, die durch Vermengung der verschiedensten Gebiete leicht verderblich werden können. Hätte der Sillon lediglich wirtschaftliche oder politische Zwecke verfolgt, so hätten die Bischöfe keinen Anlaß gefunden, gegen ihn einzuschreiten, und auch der Papst hätte ihm nichts zuleide getan. Sagt er doch in der Enzyklika gegen den Sillon ausdrücklich: „Sollten Gruppen (des Sillon) die Unterwerfung unter diese Bedingungen verweigern... so würde zu prüfen sein, ob sie sich auf das politische oder das rein wirtschaftliche Gebiet beschränken, oder ob sie in ihren alten Fehltrümmern verharren. Im ersten Falle ist es klar, daß ihr (die Bischöfe) Euch nicht mehr um sie zu kümmern haben würdet, als um jeden beliebigen Gläubigen.“

Der Papst, welcher so klar und bestimmt diese Richtlinien festgelegt hat, wird nie und nimmer den katholischen Arbeitern verbieten, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, wenn er nicht von der Berliner Richtung über dieselben irrig informiert wird. Damit ist diese Richtung allerdings beschäftigt, wir haben aber das begründete Vertrauen, daß unsere Bischöfe ihre verderblichen Wege zu durchkreuzen wissen werden.

Vergänglich sind der Erde reichste Gaben,
Nur, was wir außer dem Gebiet der Zeit
Gewirkt als Geister auf die Geister haben,
Das währt und bleibt in alle Ewigkeit.

Goethe.

Allgemeine Rundschau.

Die neueste Aktion der „Berliner“ gegen die christlichen Gewerkschaften hat eine Wendung genommen, von der ihre Arrangeure sicherlich wenig erhaut sein werden. Das Resultat ihrer letzten Verdächtigungsaktion, das zunächst als ein Erfolg erschien, erweist sich jetzt schon als eine Niederlage, wie sie die „Berliner“ Hintertreppenpolitiker wohl noch nicht erlebt haben. Um die christlichen Gewerkschaften zur Strecke zu bringen, zogen sie nach Rom. Und was ist der wirkliche Erfolg ihrer Reise? Ihre maßlos unehrliche und hinterlistige Handlungsweise ist jetzt vor aller Welt gebrandmarkt, sie sind der Verachtung weiler Kreise des deutschen katholischen Volkes preisgegeben, ein einmütiger Protest ist in diesen Kreisen erhoben worden, und es wird jedenfalls schon dafür gesorgt werden, daß es den „Berlinern“ nicht ein zweites Mal noch gelingen wird ihre Kunst in solcher Weise auszuüben. Der Verzweiflungsakt der „Berliner“ ist gänzlich daneben geraten, trotz der päpstlichen Rundgebungen, die sie — man weiß, auf welchem Wege — erreicht haben; er hat dem ganzen Bankrott des „Berliner“ Fachabteilungs-systems den letzten Stoß gegeben.

Wie immerlich müssen sich jetzt diese traurigen Menschen vorfinden, die wie geprügelte Hunde aus einer Sache hervorgehen, von der sie sich so unendlich viel für ihre Bewegung versprochen haben.

Die christlichen Gewerkschaften brauchen darum über den Verlauf der neuesten Aktion gegen sie nicht unzufrieden zu sein, so viel sie auch an den authentischen Erklärungen, die beispielsweise Auditors Heiner zu den päpstlichen Rundgebungen erlassen hat, auszufassen haben. Die ganze „Berliner“ Verleumdungsaktion hat doch bis heute ihr Gutes gehabt. Sie hat zunächst klärend gewirkt. Die christlichen Gewerkschaften haben ihren Standpunkt klar und deutlich zum Ausdruck bringen können. Sie haben ferner gesehen, daß sie im ganzen deutschen Vaterlande zahlreiche Freunde haben, die im gegebenen Moment fest und entschieden für sie eintreten. Die Stellungnahme der katholischen Arbeitervereine und ihrer geistlichen Präsidien, das entschiedene Eintreten des größten Teils der katholischen Presse in dieser schwierigen und überaus ernsten Sache verpflichtet die christlichen Gewerkschaften zu aufrichtigem Dank. Aber auch die Versicherung zu treuem, unerschütterlichem Festhalten an den christlichen Gewerkschaften, die unsere evangelischen Kollegen in dieser Situation abgaben, war ein Beweis für die Festigkeit und innere Geschlossenheit unserer Bewegung. Das Vertrauen der katholischen und evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ist so fest, daß nichts in der Lage ist, es zu erschüttern. Das haben die vergangenen Wochen bewiesen. So geben die christlichen Gewerkschaften gefestigt aus dem „Kampfe“ hervor. Aber wir gehen weiter und sagen, daß die neueste Aktion auch die Werbekraft unserer Bewegung erhöht hat. Wohl noch nie ist in allen Orten und Bezirken des deutschen Vaterlandes über die christlichen Gewerkschaften in den Zeitungen aller Parteirichtungen soviel geschrieben worden, als in den letzten Wochen. Unsere Bewegung bildete überall den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Das wirkt werbend für uns. Wir haben neue, einflussreiche Freunde hinzugewonnen, Leute, die uns früher fragend und zurückhaltend gegenüber standen. Namentlich wird die neueste Aktion unsere Werbekraft in evangelischen Arbeiterkreisen verstärkt haben.

Noch eins: die Aktion hat auch gezeigt, wie stark wir bereits geworden sind, wie tief unsere Bewegung bereits mit den ganzen deutschen Volksinteressen verwachsen ist, einen wie breiten Resonanzboden wir bereits unter den Füßen haben. Das haben wir nicht zuletzt unserer ziffernmäßigen Stärke zu verdanken. Wären wir in den christlichen Gewerkschaften nur ein kleines Häuflein Leute, dann würden wir den Schlag nicht so glänzend abgewiesen haben. Darum sollen unsere Mitglieder die eine Lehre aus all den Dingen ziehen: unermüdete Agitation für die christlichen, interkonfessionellen Gewerkschaften ist notwendig. In unserer ziffernmäßigen Stärke liegt in erster Linie unsere Macht allen fremden Einwirkungen gegenüber.

Die „Genossen“ als Hüter der — päpstlichen Autorität. In einer ganz sonderbaren Pose, die ihr wirklich nett zu Gesichte steht, gefällt sich bezgl. des „Gewerkschaftstrettes“ die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse. Als die Rundgebungen des Papstes bekannt wurden, jubelte sie geradezu auf. Jetzt sei es vorbei mit den christlichen Gewerkschaften, ihnen wäre jetzt der Boden unter den Füßen weggezogen, sie müßten sich dem Papste ergeben und ihre sämtlichen evangelischen Mitglieder ausschließen. Uebereinstimmend erklärten sie, daß allein die sozialdemokratischen Gewerkschaften aus der „neugegründeten Lage den Nutzen ziehen“ würden. Dabei war es ganz köstlich, zu sehen, wie die Genossen getreu mit den „Berlinern“ an einem Strange zogen, die „Berliner“ Richtung als die „konsequenteren“ anpriesen und das Vorgehen des Papstes als „vom katholischen Standpunkte aus durchaus korrekt und an der Ordnung“ bezeichneten.

Mittlerweile haben diese sonderbaren Freunde der „Berliner“ doch wohl einen großen Tropfen Wermut in ihren Becher der Freude gießen müssen. Sie haben sich eingesehen müssen, daß die christlichen Gewerkschaften doch nicht den schwankenden Boden unter den Füßen haben, als die Genossenpresse ihren Befehlern gerne glauben machen möchte. Die christ-

lichen Gewerkschaften haben sich doch nicht so willenslos Rom ergeben", und ebenso wenig schlossen sie ihre evangelischen Mitglieder aus. Sie betonten vielmehr mit aller Klarheit und Entschiedenheit, an ihrem interkonfessionellen, selbständigen Standpunkte unter allen Umständen festzuhalten. Das hatten die sozialistischen Freunde der "Berliner" Kulissenstübe nicht erwartet. Was nun?

Flugs änderten sie ihre Taktik. Sie schrieben ganz in dem Sinne einiger Organe der "Berliner" Richtung: Die christlichen Gewerkschaften predigen den "Aufbruch gegen Rom". Sie "heben ihre Mitglieder gegen den Papst" auf und suchen "seine Autorität in deutschen Arbeiterkreisen zu erschüttern".

Die Sozialisten als Hüter der kirchlichen Autorität, das ist ein Bild zum Lachen. Ob es den "Berlinern" nicht übel wird in der Gemeinschaft solcher "Förderer"? Die sozialdemokratische Parteipresse ist wohl die einzigste Presse, die in dem neuesten Streite um die christlichen Gewerkschaften getreu mit den "Berlinern" an einem Strange zieht. Nichts kann die ganze jämmerlichkeit und Gefährlichkeit des "Berliner" Systems besser charakterisieren, als diese Tatsache.

Vor einigen Jahren war die Situation ähnlich. Auch damals versicherte die sozialdemokratische Presse, daß die christlichen Gewerkschaften den Aufbruch gegen die katholische Kirche predigten, sie führten unbedingt zum Klassenkampf, seien bereits ein weit Stück Wegs ins Lager der Sozialdemokraten hinein. Otto Hue sammelte eifrig Zitate aus der christlichen Gewerkschaftspresse, die den Beweis für die "Linksabweichung" der christlichen Gewerkschaften erbringen sollten, und schickte sie dann, mit einem Blaustift bid angestrichen, an die — deutschen Bischöfe. Die "Berliner" bestellten sich sogar gegen Bezahlung das Material, das Hue im "Korrespondenzblatt der Generalkommission" der sozialdemokratischen Gewerkschaften zum Beweise für den "religionsfeindlichen Charakter" der christlichen Gewerkschaften zusammengestellt hatte.

Als dann diese Taktik nicht versagte, schlugen die Genossen nach der anderen Richtung um. Jetzt sollen die christlichen Gewerkschaften "kirchlich verflaut", "verkoppt" und noch viel schlimmeres sein.

Jetzt predigen die christlichen Gewerkschaften, wie die Genossenblätter, in "Rheinische Zeitung", versichern, den "kirchlichen Aufbruch". Bald wird es aber wieder heißen, sie seien "kirchlich verflaut" und "verkoppt".

Die Genossen reiten zwar in allen Sätteln und kommen doch nie zum Ziel.

Die Stimmung im Lande. Die "Westdeutsche Arbeiterzeitung" (Nr. 24) schreibt folgende Notiz, die wir mit unwesentlichen Änderungen wiedergeben:

"Die Kundgebungen der letzten Zeit, die allenthalben als Verurteilung der christlichen Gewerkschaften ausgedeutet und von der Sozialdemokratie in diesem Sinne bereits agitatorisch verwertet werden, sind z. B. Landau/Landau in Arbeiterkreisen Gegenstand lebhafter Diskussion. Sie sind das Tagesgespräch. Auf den Arbeitsplätzen, in den Versammlungen, überall nur ein und dieselbe Frage: Wie steht's mit den christlichen Gewerkschaften? Ist es wahr, daß sie verurteilt sind? Warum hat der Papst die Arbeitervereine des Kartellverbandes gemahnt und jene von "Sitz Berlin" beglückwünscht? Die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die jahrelang mit zäher Ausdauer unter unzähligen Mühen und Opfern ihre Position gegenüber der Sozialdemokratie gewahrt haben, und

heute von ihren schadenfrohen Gegnern mit Spott und Hohn überschüttet werden, sehen sich in ihrer Arbeit gelähmt: Das Werk, an dem ihr Leben hing, scheint bedroht.

Eine unbeschreibliche Aufregung hat sich ihrer bemächtigt. Sie können nicht begreifen, was da vorgefallen, und wie es möglich ist, daß der Papst den falschen Anklagen der Berliner sein Ohr hat leihen können. Wohl mußten sie, daß "Sitz Berlin" und seine Vertreter seit Jahren bemüht waren, eine autoritative Beurteilung der christlichen Gewerkschaften zugunsten ihres Fachabteilungssystems zu erwirken, und daß sie, unbelümmert um die Mahnung der deutschen Bischöfe, weiterwählen würden. Aber diese katholischen Arbeiter und christlichen Gewerkschaftler hatten das Vertrauen, daß es dem Einfluß der hochwürdigsten Herren Bischöfe gelingen würde, die Streiche der Hintermänner des Verbandes "Sitz Berlin" an höchster kirchlicher Stelle zu paralytisieren. Sie ahnten ja nicht, welche geheime Verbindungen der Verband "Sitz Berlin" über den Kopf der deutschen Bischöfe hinweg geknüpft, wie weit ihr Einfluß im Laufe der Jahre gediehen war. Noch vor wenigen Monaten haben drei Bischöfe der westlichen Diözesen den christlichen Gewerkschaften ihr unbedingtes Vertrauen ausgesprochen. Die Enttäuschung, die diese neuesten Vorgänge brachten, ist um so begreiflicher und um so größer.

Es ist in christlichen Gewerkschaftskreisen nicht beachtet worden, daß "Sitz Berlin" in der Herausgabe einer Broschüre über den Gewerkschaftsstreit, die unter einem Pseudonym erschienen war und worin alles bisher Dagewesene an Entstellung und Verleumdung übergipfelt worden, eine Mine legen würde wie nie zuvor. Sie beachteten kaum, daß diese Broschüre Bayard ins Italienische übersezt, dem Papste vorgelegt und daß der Verfasser dafür gesegnet worden war. Sie hielten sich an die Mahnungen der deutschen Bischöfe, gingen den Schlichen von "Sitz Berlin" weiter nicht nach, um nicht in Versuchung zu fallen, sie öffentlich als das entlarven zu müssen, was sie sind; sie wollten der weiteren polemischen Auseinandersetzung ausweichen. Sie vertrauten auf die Güte ihrer Sache und auf die gerechte Beurteilung seitens des Episkopats. Nun stehen sie vor Tatsachen, die sie nicht vorausgesehen, die Erbitterung ist allgemein.

Überall, wohin man kommt, findet sich nur die eine Stimme: Nun aber ist es genug! Nun ist unsere Geduld zu Ende! Nun schweigen wir nicht mehr länger! Jetzt ist das Reden unsere Pflicht. Die katholischen Arbeiter und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften verlangen unbedingt Ruhe in ihrer Arbeit. Das Wühlernest müsse aufgehoben werden. Der unerträglich qualende Zustand der Unsicherheit in der Gewerkschaftsfrage müsse endlich aufhören. Diese Arbeiter jagen heraus: Der Heilige Vater ist in der Gewerkschaftsfrage falsch informiert worden. Er kam und wird es uns nicht zur Unehre anrechnen, wenn wir mannhaft aufstehen und das aussprechen, was wir empfinden. Wenn wir sagen: Die Betätigung in den christlichen Gewerkschaften und die Erhaltung dieser Bewegung ist für uns in Deutschland etwas, worauf wir nicht verzichten können."

Gewerkschaftsbewegung und Produktionssteigerung. Von überehmlicher Seite wird den Gewerkschaften nicht selten der Vorwurf gemacht, ihre Tätigkeit wirke produktionsvermindernd, sie suchten bewußt und unbewußt die Steigerung der Arbeitsleistung und den Produktionsfortschritt zu hemmen. Dieser Einwand ist unberechtigt,

er ist grundsätzlich, soweit wenigstens die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung in Frage kommt. Bessere steht auf dem Boden der Gewerksolidarität und sucht alles zu fördern, was dem Gesamtgewerbe und der Volkswirtschaft von Nutzen sein kann. In der Schrift: "Gewerkschaft und Volkswirtschaft" (Verlag von G. Fischer, Jena, 1912) stellt der christliche Gewerkschaftler Th. Brauer bezüglich dieser bedeutsamen Frage folgenden Grundgedanken für die gewerkschaftliche Betätigung auf:

"Anteilnahme der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter an dem Bestreben zur Herbeiführung des Produktionsfortschrittes, persönliche Initiative und allgemeine Werteschätzung positiv fortschrittlicher Arbeitsleistung. Im weiteren muß sich daraus ergeben die Möglichkeit vernünftigen, d. h. nicht zerlegenden Genießens der gesteigerten Ertrüngen und als Voraussetzung dazu Veredelung des Geschmacks innerhalb der Arbeiterchaft. . . Die Beeinflussung des Willens aber steht immer und überall an erster Stelle. Es müssen sich Mittel und Wege finden lassen, wenigstens in die Kreise der Gewerkschaftsführer ein geeignetes volkswirtschaftliches Wissen hineinzubringen, das das erste Mittel ist, die positive Anteilnahme der Gewerkschaften an der Steigerung der Ergiebigkeit unserer Volkswirtschaft anzuregen. Bereits tun sich überall Kurse von mehr oder minder längerer Dauer auf, in denen den Gewerkschaftsfunktionären die Elementarkenntnisse auf volkswirtschaftlichem Gebiete vermittelt werden. Sollte es nicht möglich sein, wenigstens den ersten Führern der Gewerkschaften die Möglichkeit zu bieten, längere Zeit als Hörer der volkswirtschaftlichen Kollegien unserer Hochschulen beizuwohnen? Auch hier bietet das englische Beispiel manches Beachtenswerte, das in entsprechender abgeänderter Form auch bei uns seine guten Dienste leisten könnte."

"Diejenige Gewerkschaftsbewegung, der es gelingt, einen größtmöglichen Prozentsatz ihrer Mitgliedschaft im Sinne der positiven Anteilnahme an einer rationellen Produktionssteigerung zu beeinflussen, hat ihre Aufgabe für das nächste Menschenalter deutscher Wirtschaftsentwicklung gelöst."

Christliche Gewerkschaften und Koalitionsrecht. Der "Vorwärts" brachte folgendes Zitat aus der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung":

"Die christlichen Gewerkschaften der nationalen und der evangelischen Arbeitervereine stehen samt und sonders auf dem Boden der Forderung, daß ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen unerlässlich ist. So ist der verstärkte Arbeitswilligenschutz eine Forderung der Vernunft und des Rechts. Das sollten sich in erster Linie diejenigen gesagt sein lassen, die dafür verantwortlich sind, daß Vernunft und Recht im Staatsleben nicht zu Schaden kommen."

Dazu faßelt der "Vorwärts": "Auch hier muß also die arbeiterverräterische Haltung der Christlichen wieder dazu dienen, die Zuchtlausgesekhehnst der Scharfmacher als berechtigt erscheinen zu lassen." Auch das Zentralorgan der S.-D. Gewerkschaften, "Der Gewerksverein", wirft sich in die Brust und meint: "Es ist Klarheit darüber erwünscht, ob die christlichen Gewerkschaften sich nun noch mehr allgemein und grundsätzlich für eine Einschränkung des Koalitionsrechtes erklären wollen."

Dem "Vorwärts" möchten wir erwidern, daß es gerade seine Gefinnungsgenossen sind, die den Scharfmachern fortwährend Material zur Begründung ihrer

Brief einer Verbandskollegin.

Siehe Kollegin!

Als wir vor einigen Wochen zusammen waren, unterhielten wir uns auch längere Zeit über den Gedanken der inneren Befriedigung, die die Arbeit im Verbands mit sich bringt. Seit einigen Jahren nun bin ich Mitglied, und es zog mich seitdem geradezu zur Arbeit für alle an, und vielfach habe ich mich selbst vergessen. Ja, wenn es auch heute noch sehr viele Vergnügen gibt in den verschiedensten Vereinen, so ist aber zweifellos in unserm Verbands eine außergewöhnlich große Gelegenheit zur Freude, zu Lust und Vergnügen geboten. Bis vor unserer letzten Unterredung ist mir das noch nicht so recht klar gewesen und leider denken die meisten Kolleginnen nicht daran, aus idealen Gründen für unsern Verband zu werben und mit Lust und Liebe Gewerkschaftsarbeit zu leisten. So ging es mir zuerst auch.

Verzeihe, liebe Kollegin, wenn ich Dir in einem langen Brief meine Gedanken erkläre, denn ich fühle das Bedürfnis, mich aus der Ferne mit Dir zu unterhalten. Ich habe auch gar nichts dagegen, wenn Du in den Kreisen der Kolleginnen und auch der Kollegen meine Ansichten verbreiten willst.

Vor einer halben Stunde kam ich von einer kleinen Arbeiterinnenversammlung nach Hause. Die meisten der Anwesenden waren noch sehr jung, aber auch die Älteren wußten sich nicht zu helfen. Im Betriebe bestehen viele Missstände, wie Strafen und schlechte Behandlung. Oftmals haben die Kolleginnen gewünscht, es möge sich ihrer jemand annehmen, jedoch sie fanden jetzt erst den Weg zum Verbands. Nun habe ich eifrig mitgearbeitet, die Kolleginnen abgeholt und sie in die Versammlung gebracht, ihnen die Bücher und Zeitungen zugestellt, die Klagen mit unseren Beamten noch besprochen und so seit einigen Wochen für bessere Verhältnisse in dem Betriebe mit gesorgt. Die Kolleginnen sind dem Verbands sehr dankbar und haben auch mir gedankt. Ich sprach von Freude. Soll das nicht eine besondere Genugung und Freude sein, wenn ich so im Verbands den Mitarbeiterinnen das Leben auch ein wenig angenehmer und erträglicher machen kann. Aber sie müssen mitarbeiten, sonst ist unsere Mühe umsonst. Habe ich eine solche Arbeit mit vollbringen helfen, so empfinde ich eine stille Freude. Etwas mehr Höflichkeit als das Betriebe an einem glänzenden Fest oder Ball.

Jüngst hatte ein Teil unserer Kolleginnen eine Lohnbewegung, sie batzen mich, ich möchte auch ihre Besprechun-

gen besuchen. Ich freute mich, auch mitzu können, denn je mehr je lieber. Bei dieser Bewegung erzielten die Kolleginnen einen Lohnaufschlag von durchschnittlich pro Tag 20 Pfg. Bei 20 Arbeiterinnen sind es 400 M. und pro Jahr 300 x 4,00 = 1200,00 M. Soll es nicht für mich eine gewisse Befriedigung sein, ein Gefäß für eventuellen Verdruß und Beschwerden, wenn ich an solchen Erfolgen mitwirken kann. Ja, Kollegin, selbst ich auch dann, wenn ich persönlich noch Schaden habe, indem ich für Bege, Fahrten und Versammlungen mein Verzehr begleichen und an notwendiger Ruhe etwas einbüße. Gewiß ist das Leben schön, man muß es nur verstehen auch in der Gewerkschaftsarbeit. Sie ehelt und macht glücklich.

Als ich in der ersten Zeit Mitglied war, kannte ich nichts von Agitation; ich hätte beinahe unsern Vorständen verachtet, als er mich hat, in der Hausagitation mitzuhelfen. Aber, da nun eine andere Kollegin auch mitzu wollte, so jagte auch ich zu. Das war der Anfang für mich im Verbandsleben. Unser Vorstand ist ein Idealist, auch er hat nur Lust und Freude, wenn er durch den Verband für alle etwas erringen kann. Nachdem wir einen kleinen Vortrag über die Erfolge und Ziele des Verbandes und die praktische Seite der Hausagitation von ihm gehört hatten, zogen wir beide recht hellmüthigen Herzens ab zur Agitation. Zuerst haben wir eine Weile gelacht, dann kam wieder der Ernst, wir wollten unterrichten; aber da hätten wir uns ja wieder beim Vorstände blamiert. Gut, also ein Herz gefaßt, und nach wenigen Minuten schon hatten wir ein Mitglied gewonnen. Die Freundin der neuen Kollegin war in roten Verbands, auch diese trat zu uns über. Kurz, der erste Versuch brachte den Erfolg von 7 Aufnahmen. Wir waren stolz und lustig. Auch zwei Männer hatten wir gefragt, sie sollten sich schämen, wenn sie noch hinter den Arbeiterinnen zurückbleiben wollten. Das war diesen zuviel gesagt und sie ließen sich sofort aufnehmen.

Vor unserer Hausagitation zählte unsere Ortsgruppe nur 150 Mitglieder und darunter nur etwa 15 Kolleginnen. Jetzt aber haben wir bald 300 Mitglieder und etwa 100 Kolleginnen. Mit der Größe des Verbandes wachsen nun auch die Erfolge. Dabei ist in letzter Zeit auch hier ein Arbeiterinnenverein gegründet worden, und wenn ich mir heute unser Städtchen beschaue und es mir vorstelle, wie es hier noch vor zwei Jahren aussah, so komme ich immer wieder zu dem Gedanken: Ja, in der Gewerkschaft gibt es am meisten rein beglückende und befriedigende Arbeit. Leider betrauert so mancher die Gewerkschaftsarbeit als trocken und unangenehm; sie ist für mich ein Vergnügen.

Und gerade wir Arbeiterinnen und Frauen sollen mitarbeiten. Geht zum Beispiel die Industrie schlecht, so ist es auch gewiß sehr angenehm, zu sehen, wie sich die Arbeitslosen beim Kaffierer die Unterfüßchen holen. Und erst bei Krankheiten der Männer, der Ernährer. Wie manche Frau und manches Kind hat da nicht den Verband schätzen gelernt. Wie manches Auge wird durch die Unterfüßchen getrocknet. Mit Stauten höre ich gerne zu, wenn die Kollegin und die Beamten von den Eingaben erzählen, die sie an die Krankenkasse, oder Invaliden- und Unfallversicherung gefandt haben. Wenn ich auch noch sehr wenig davon verstehe, so freue ich mich doch immer, wenn eine Rente errungen wurde oder am Gewerbegericht ein günstiges Urteil gefällt wurde. Wer hat nun unsere Kollegin soweit gebracht, daß sie in diesen Sachen so beschlagen sind? Nur die Organisation.

Aber, liebe Kollegin, könnten denn auch wir nicht so weit sein, daß wir in besonderen Angelegenheiten die Interessen der Frauen vertreten könnten? Wenn es auch langsam gehen mag, aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg und wenn die Männer durch jahrelanges Studium und festen Willen imstande sind, sich und uns zu vertreten, so kann auch in den Kreisen der Kolleginnen noch manche Kraft geweckt werden.

Als ich Dir neulich klagte über die Laune der Kolleginnen, sagtest Du mir das schöne Sprichwort: "Steter Tropfen höhlt den Stein". Ich habe es bis heute nicht vergessen können; es hat mich immer wieder ermutigt. Vor etwa zwei Jahren mußte ich kaum, was ein Verband war und das Gespräch unter uns bezog sich meistens auf Klein und Gut, Bräutigam und Arbeit. Heute gibt unsere Arbeit und Mithilfe im Verbands eine Befriedigung, sie erweckt Lust und Freude und auch nicht selten Heiterkeit. Ja, es ist eine Freude, an Lohnbewegungen und in der Agitation mitzuarbeiten, wenn man bedenkt, daß für den ganzen Stand und besonders für die Frauen und Kinder die Verhältnisse gebessert werden.

Siehe Kollegin! Sollten nicht gerade die Frauen unsere Ansicht unterstützen. "Vereinte Kraft großes schafft" heißt ein Wahrspruch. Etwa 14000 Kolleginnen haben sich in unsern Verbands vereinigt und ich kann Dir heute aufs Neue geloben, mit Dir das Wohl der Textilarbeiterinnen zu fördern, soviel ich es vermag; es ist mir Bedürfnis, Lust und Freude.

Sei gegrüßt von Deiner Kollegin A.

Zuchtgehegefehnjucht liefern. Das systematische Verdrängen der christlichen Gewerkschaften gehört übrigens zu seinem Geschäft. Seine Bemerkung ist also weiter nicht verurteilbar. Was den „Gewerkverein“ betrifft, so wird es ihm schwer fallen, auch nur den Schatten eines Beweises dafür zu erbringen, daß die christlichen Gewerkschaften sich überhaupt irgendwo und irgendwo für eine Einschränkung des Koalitionsrechtes ausgesprochen haben. Sie haben sich im Gegenteil bis in die jüngste Zeit hinein stets unumwunden und offen gegen jede Verschlechterung dieses Rechtes ausgesprochen. Das tun sie auch heute noch. Wenn das Blatt auf den Bergarbeiterstreik anspielt, so sei ihm gesagt, daß die christlichen Gewerkschaftler aus dem Koalitionsrecht noch lange nicht die Pflicht herleiten, in allem und jedem hinter den Genossen herzutroteln und sich bei eventl. Weigerung dies zu tun, von ihnen die Köpfe blutig hauen zu lassen.

Uebrigens haben wir viel eher Veranlassung, zu fragen, wie sich die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu einem verstärkten Arbeitwilligenschutz stellen. Das Organ des Gewerkvereins der Textilarbeiter H.-D., die „Deutsche Textilarbeiterzeitung“, hat im vorigen Jahre schon für ein Verbot des Streikpostenstehens die Regierung warm zu machen versucht. Das Blatt schloß in seiner Nr. 18 vom 5. Mai 1911 einem Berichte über ein amerikanisches Urteil in Bezug auf das Streikpostenstehen folgenden Kommentar an:

„Es unterliegt zwar u. G. nicht dem geringsten Zweifel, daß das Streikpostenstehen in der Form, in der es geübt wird, auch mit dem Geiste der deutschen Gesetzgebung in Widerspruch steht, da es einen indirekten Koalitionszwang bedeutet, der Koalitionszwang aber von dem Gesetz unter Strafe gestellt worden ist. Hoffentlich gelingt es der Regierung, im Sinne der Ausführungen des Reichskanzlers vom 10. Dezember v. J., bei der Reform des Strafgesetzbuches die persönliche Freiheit und das persönliche Selbstbestimmungsrecht nachdrücklicher als bisher zu schützen.“

Das ist ein ausdrückliches Verlangen, das Streikpostenstehen von Gesetzes wegen zu verbieten.

Bezüglich der Aeußerung der „Rheinisch-Westfälischen“ endlich sei bemerkt, daß „christliche Gewerkschaften der nationalen und der evangelischen Arbeitervereine“ gar nicht existieren und im übrigen bei diesem Scharfmacherblatt der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

„Gewerkschaftliche“ Grundsätze der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsleitung.

Streiks bedürfen der Genehmigung des Zentralvorstandes. So heißt es in den Statuten der gewerkschaftlichen Organisationen. Der Zentralvorstand, von der Verbandsgeneralversammlung gewählt, hat die Pflicht, darauf zu bestehen, daß das Statut von den Mitgliedern eingehalten wird. Wer dies Statut nicht befolgt, stellt sich von selbst außerhalb der Kreise des Verbandes. Weiterhin muß laut Gewerbeordnung das Arbeitsverhältnis dort, wo eine Kündigungsfrist vereinbart ist, vor Aufgabe desselben aufgelündigt und die vereinbarte Kündigungsfrist eingehalten werden, wenn nicht besondere Umstände, die in § 124 der Gewerbeordnung niedergelegt sind, davon entbinden. Pflicht des Arbeiters, wie auch des Arbeitgebers, ist es, den eingegangenen Arbeitsvertrag innenzuhalten. Stören aber die Arbeiter eines Betriebes sich nicht an diese Vorschriften, lösen sie ohne vorherige Aufkündigung das Arbeitsverhältnis, obgleich der § 124 nicht in Frage kommt, dann machen sie sich des Kontraktbruchs schuldig und sind bis zu einem gewissen Teile dem Arbeitgeber schadenersatzpflichtig. Treten sie nun unter solchen Bedingungen in den Ausstand, so darf eine Organisation, die auf die Dauer ernst genommen werden will, solchen Streik nicht sanktionieren. Sicherlich erst dann nicht, wenn die Verbandsleitung vorher nicht benachrichtigt oder aber entschieden von solchem Schritte abgeraten hat. So soll und muß gehandelt werden, wenn eine gewerkschaftliche Organisation, die auf Achtung und Respektierung der sich selbst gegebenen Gesetze etwas hält, sich durchsetzen will.

Unser Verband ist sich dessen wohl bewußt und wacht aufs strengste darüber, daß diese gewerkschaftlichen Grundsätze von den Mitgliedern befolgt werden. Um diese das nicht, so stellen sie sich außerhalb des Verbandes und haben auf Unterstützung nicht zu rechnen. Nicht so scheint dies bei anderen Organisationen der Fall zu sein.

Bei der Firma Melde u. Herfs (Kammgarn- und Dackelweberei) M.-Glabdach werden die Arbeiter, so wie es trifft, einmal auf zwei Stühlen, dann auf einen Stuhl beschäftigt. Betreffs des Einstuhles heißt es nun in der Lohnliste:

Kann der Weber auf dem Einstuhl seine 4 M. pro Tag nicht verdienen, gemeint ist, wenn das Material nicht taugt, so wird der Grundlohn demgemäß erhöht.

Ein Weber, Mitglied von uns, hatte nun vier Tage auf zwei Stühlen gearbeitet und für diese Zeit 23,40 M. verdient. Jetzt mußte er auf einem Stuhl arbeiten und verdiente in zwei Tagen 6,10 M. Er wurde nun vorstellig dahin, daß man ihm das Minus an 4 M. für beide Tage vergüten solle. Dies wurde von der Firma abgelehnt, dem Kollegen jedoch bedeutet, daß, wenn er darauf bestände, ihm das Arbeitsverhältnis gekündigt würde. Das geschah auch. Der Ausschuß, dem ein Mitglied unseres Verbandes und zwei des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts angehörten, wurde in der Angelegenheit vorstellig, ohne etwas zu erreichen. Bemerkte sei, daß in dem Betriebe 11 christlich, ein frei organisierter und 10 ca. 12-14 Hirsch-Dundersch organisierte in Frage kamen. Darauf legte die Belegschaft am 14. Mai früh morgens die Arbeit nieder und trat in den Streik. Weber störten sie sich an die 14 tägige Kündigungsfrist, noch an die Statuten des Verbandes. Am 16. Mai kam es zur Verhandlung mit der Firma. Letztere verlangte bedingungs-

lose Aufnahme der Arbeit und behielt sich vor, einige Weber nicht mehr einzustellen. Es blieben denn auch sieben Weber auf der Strecke. Davon gehörten zwei unserem Verbands an. Das war das Resultat des wilden Streiks.

Eine Begleitercheinung dieses Streikes ist jedoch so interessant, daß sie nicht verschwiegen werden darf. Als unser Verbandsvertreter die bei uns organisierten Mitglieder auf das Unstatthafte ihrer Handlungsweise aufmerksam machte und ihnen klarlegte, daß sie die Folgen derselben selbst zu tragen hätten, meinten dieselben, der Hirsch-Dundersche Verband hätte aber schon bereits erklärt, daß die Mitglieder desselben ihre Unterstützung erhielten. Und richtig, der Verband der Hirsch-Dunderschen Textilarbeiter anerkannte das statut- und gesetzwidrige Verhalten seiner Mitglieder als einen regelrechten Streik und zahlte ihnen die Unterstützung. Sogar konnte man von einem der auf der Strecke gebliebenen hören, daß er von seiner Verbandsleitung als gemäßigter betrachtet worden wäre.

Weil unser Verband hier jegliche Unterstützung ablehnte, traten die bei der Firma Melde u. Herfs beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes bis auf einen bei uns aus und zu den Hirsch-Dunders über.

Wir gratulieren dem Verbands der Hirsch-Dunders zu diesem Mitgliederzuwachs. Denselben hätten wir verhüten können, wenn unser Verband den Willen dieser Leute getan und gerade so, wie der Verband der Hirsch-Dunders, dazu übergegangen wäre, solchen Streik zu sanktionieren. Dazu gibt sich aber unser Verband nicht her. Gewerkschaftliche Grundsätze und Regeln sind es eben mehr wert als den Hirsch-Dunders, die trotzdem nicht auf die Strümpfe kommen und das bißchen Bedeutung hier bald gänzlich eingebüßt haben. Warum schreibt der Hirsch-Dundersche Berichterstatter aus M.-Glabdach nichts über diese Bewegung? Schämt er sich?

Mehr soziales Verständnis. Unter diesem Stichwort lesen wir im Nachener „Volkstfreund“:

„Nur genug mußte Klage darüber geführt werden, daß gerade in den Kreisen, denen besonders soziales Verständnis notwendig und zu wünschen ist, eine Unkenntnis oder zum mindesten eine Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse herrscht, die verblüffend ist. Bedauerlicher Weise sind auch die Handelskammern von diesem Vorwurfe in verschiedenen Fällen nicht freizusprechen, obwohl doch gerade sie die geschaffenen Stellen sind, welche mit Objektivität und Scharfsicht die vielfachen Regungen des sozialen Lebens verfolgen und beurteilen müssen. Da muß es geradezu überraschen, wenn sich in dem Jahresbericht der Handelskammer zu Stolberg für das Jahr 1911 in dem Referate der Papier-Industrie (S. 69, 70) folgende Stelle findet:

„Den sozialpolitischen Verhältnissen konnte sich auch unser Bezirk nicht verschließen, und die Flutwelle der Arbeiter-Organisation brach auch bei uns ein. Dem Einfließen der Sozialdemokratie stehen unsere Arbeiter der Papierindustrie vollständig ablehnend gegenüber. Dies dürfte seinen berechtigten Grund darin haben, daß der größte Teil unserer Arbeiter selbst festhaft ist. Sie besitzen allenthalben eigene Wohnhäuser mit angehörigem Garten, auch mehr oder minder große Ackerparzellen als freies Eigentum. So wenig dieselben daher den Verlockungen der Sozialdemokratie sich hingeben, so gern sympathisieren sie mit den Wünschen, die ihnen unter dem Deckmantel „christlich-sozial“ vorgetragen werden. Möge die Geistlichkeit, die sich an die Spitze dieser Bestrebungen stellt, nicht übersehen, daß sie die Geister, die sie gerufen, nicht mehr los wird und zur Zeit von diesen sicher zur Seite geschoben werden und ihre Macht und Vertrauen verlieren wird. Diese Flutwelle mit Gewalt aufhalten zu wollen, dürfte keinen Zweck haben. Hoffentlich kommen unsere Arbeiter aber recht bald zur Erkenntnis und zu dem Bedauern über all das gute Geld, welches sie monatlich am Opferaltar der christlich-sozialen Führung hinlegen, welches für sie für immer verloren ist.“

Daß unsere Arbeiterschaft das Recht und sogar die Pflicht hat, ihr Los nach Möglichkeit zu verbessern, wird kein vernünftiger Mensch bestreiten, aber bei den engen, bisheran so schönen Verhältnissen unserer Industrie in unserm Bezirke zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll und muß dieses ohne dritte Persönlichkeiten herbeigeführt werden; es wird auch dann stets erreicht, so lange keine ungerechtfertigten Forderungen aufgestellt werden.“

Nachdem der „Volkstfreund“ mit aller Entschiedenheit die kath. Geistlichkeit gegenüber den in dem Bericht enthaltenen Angriffen in Schutz genommen hat, fährt er fort:

„Ebenso entschieden muß Protest erhoben werden gegen die Art der Berichterstattung über die christlichen Gewerkschaften selbst. Die christlichen Gewerkschaften brauchen keinen Deckmantel. Ihr Programm und ihre Tätigkeit liegt offen vor aller Welt, und gerade die Handelskammer hat die Pflicht, sich damit vertraut zu machen. In dem vorliegenden Falle ist das nicht geschehen, sonst hätten solche Verdächtigungen nicht den Weg in einen Bericht finden können, der den amtlichen Stellen und der Öffentlichkeit als Informationsquelle dienen soll. Der Berichterstatter ist wohl das Bild vom „Deckmantel“ aus dem eigenen Lager zu geläufig, wo mit solchen Mänteln die gelbe Gewerkschaftsbewegung eingeklammt werden soll. Als eine haltlose Verdächtigung muß die Unterstellung zurückgewiesen werden, als sei das für gewerkschaftliche Zwecke aufgewendete Geld verloren. Nein — das Geld ist für jeden Arbeiter die beste Kapitalanlage. „Der Opferaltar der Führung“ hat damit nichts zu tun. Oder sollte der Ausdruck eine weitere kleine Liebenswürdigkeit sein?“

Zu dem ganzen Liede paßt der rührende Schlußabsatz mit den hohen Tönen über die schönen patriarchalischen Zustände. Die Zeiten sind vorbei. In rauhen Nordstürmen hat sich die Arbeiterschaft aufgemacht, um ihr Recht zu fordern. Dabei hat die christliche Gewerkschaftsbewegung nie unterlassen, auch die Pflichten zu betonen. So muß es sein und bleiben — vor allem auch im Stolberger Bezirk, wo, wie der Bericht zeigt, an Auf-

klärung noch viel geleistet werden muß. Diese Art der Berichterstattung ist doppelt bedauerlich in einer Zeit, in der so sehr auf die Verschärfung der Klagengegenstände hingearbeitet wird. Da hätte gerade eine Handelskammer als erste Pflicht ausgleichend zu wirken. Das kann nur geschehen auf dem Wege der Gerechtigkeit, in Anerkennung des Willens aller Volksgenossen und im Ausgleich der Interessen.

Zum roten Parteistreit in Württemberg. Dieser ist in ein neues Stadium eingetreten. Mitten in dem von uns bereits erwähnten Krach fiel der Zusammenbruch der radikalen Göttinger „Freie Volkszeitung“. Diese war von den Göttinger Genossen als radikales Oppositionsblatt gegen die revisionistische Richtung der württembergischen Sozialdemokratie ins Leben gerufen worden. Die Gründung des Unternehmens erfolgte in der leichtfertigen Weise ohne sichere finanzielle Basis. Hunderte von Parteigenossen und viele kleine Unternehmer hatten nun mit dem Zusammenbruch den Verlust ihrer in das Unternehmen gesteckten Gelder zu gewärtigen. Das mußte naturgemäß Erbitterung und eine schwere Schädigung der dortigen Parteiverhältnisse nach sich ziehen. Jetzt war Holland in Not. Auf Anordnung des Parteivorstandes mußten die Göttinger sich mit dem ihnen so verhassten revisionistischen Landesvorstand ins Benehmen setzen, um eine Sanierung des Unternehmens zu erzielen. Mit dem Landesvorstand wurde eine Vereinbarung auf folgender Grundlage erzielt:

„Die beiden Parteiorgane Freie Volkszeitung und Donauwacht (Ulm) werden verschmolzen und die geschäftliche Leitung der Gesellschaft Schwäbische Tagwacht (Stuttgart) übertragen. Die beiden Parteiorgane werden unter eine Redaktion gestellt. Ueber die taktische und prinzipielle Haltung des Blattes, sowie über die Besetzung der Redaktion entscheidet eine Preßkommission, die aus je drei Genossen vom Landesvorstand, aus dem 10. und dem 14. Wahlkreis gewählt wird. Falls in dieser Preßkommission eine Einigung nicht erzielt wird, entscheidet endgültig der Parteivorstand.“

Wie die Göttinger behaupten, sind sie durch diese Abmachung vergewaltigt worden. Trotzdem ihre „Freie Volksztg.“ 5000 und das Ulmer Blatt nur 3000 Abonnenten habe, solle der Redakteur der ersteren auf der Strecke bleiben. Außerdem sei die Zusammensetzung der Preßkommission so, daß die radikalen Göttinger trotz ihrer größeren Abonnentenzahl in der Minorität und damit ohne jeden Einfluß auf den Inhalt des Blattes seien. Sie hätten dieser Vereinbarung nur zugestimmt, weil man ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt habe. Dem Parteivorstand wurde der Vorwurf gemacht, er habe diese Vergewaltigung und Mundtotmachung der radikalen Opposition nicht verhindert. Die radikale Parteipresse legte sich für die Göttinger ins Zeug. Parteivorstand und Landesvorstand setzten sich nun zur Wehr. Letzterer bezzeichnete die Anklagen der Göttinger als das Ungeheuerlichste und Verläumdendste, das jemals aus den eigenen Parteikreisen gegen den Landesvorstand veröffentlicht worden sei. Genosse Thalheimer sei freiwillig zurückgetreten, im übrigen hätten die Göttinger den Abmachungen fast einmütig zugestimmt. Demgegenüber behauptete Genosse Thalheimer wieder in einer persönlichen Erklärung, man habe seinen Rücktritt tatsächlich erpreßt. Eine später in einer Sitzung aller interessierten Parteinstanzen verfaßte und von den Göttingern nachträglich unterzeichnete Resolution sucht das zu bestritten. Was jedoch davon zu halten ist, beweist der Umstand, daß einer der Unterzeichner dem Parteivorstand gegenüber erklärte, er habe die Resolution unterzeichnet, ohne mit deren Inhalt ganz einverstanden zu sein. Er sehe vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer ein erzwungener war. Es wird schon so sein, daß der Landesvorstand die Gelegenheit benutzen wollte, um den Göttingern einen Maulkorb anzulegen. Das dürfte ihm allerdings nicht gelingen, da der Parteivorstand sich bemühen will, den Göttingern ein Blatt zu sichern, das ihrer grundsätzlichen Auffassung entspricht.

Das Treiben der Genossen in der Schweiz.

Auch in diesem Lande der Freiheit scheint den Genossen nicht zu behagen. So konnte man dieser Tage noch in der sozialdemokratischen Presse lesen: Mehr wie in irgend einem monarchischen Staatswesen würden dort bei größeren Streiks gleich die Soldaten aufgeboten, Streikposten verhaftet und mißhandelt, freitende Ausländer ausgewiesen und dergleichen. Kurz, die Schweiz wird in der Beziehung als Hort der Reaktion hingestellt. Dagegen genossen die Streikbrecher echt „preußischen“ Schuß. Ein solcher, der einen freitenden Maler aus dem Hinterhalt (?? D. N.) erschossen habe, sei ostentativ in Schutz genommen und nach kurzer Haft wieder freigelassen worden, weil er ein Christlicher war. Die christlichen Gewerkschaften hätten diesem sogar eine Divanation dargebracht und seine Tat als Notwendigkeit hingestellt.

Wie liegen nun in Wirklichkeit die Dinge? Tatsächlich benehmen sich die Genossen auch in der Schweiz gelegentlich wie die Rowdies und verschulden dadurch das Vorgehen gegen sie selbst. Das hat sich so recht beim Malerstreik in Zürich gezeigt. Hier hatten die Genossen mit dem Verein der Malermeister einen Monopolvertrag abgeschlossen. Die Meister durften nur rot organisierte Gehülfen beschäftigen, diese wiederum nur bei organisierten Meistern in Arbeit treten. Das hatte zur Folge, daß die christlich organisierten Maler nur bei nicht organisierten Meistern Arbeit fanden. Nun kündigten die Genossen ihren Vertrag und traten in den Streik. Die Mitglieder des christlichen Malerverbandes, der von den Genossen nicht anerkannt und die man grundsätzlich von der Beschäftigung bei organisierten Meistern ausschloß, hatten nach Lage der Dinge keine Veranlassung, mitzustreiken. Trotzdem wurden sie

von den Genossen in brutalster Weise terrorisiert. „Der Gewerkschafter“, das Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz, berichtete darüber:

„Fast kein Tag ist seit Ausbruch des Streikes vergangen, an dem nicht tätliche Angriffe auf christlich organisierte Arbeiter stattfanden. Es haben über 40 schwerere Mißhandlungen stattgefunden. Auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Bauten, ja selbst in Privatwohnungen wurden die Arbeiter teilweise bis zur Ohnmacht durchgeprügelt. Die christlichen Arbeiter waren und sind auch heute keinen Augenblick sicher, überfallen und schwer mißhandelt zu werden.“

Im Verlaufe des Streiks wurde nun ein Streikender namens Wybler erschossen. Der Vorgang war wie folgt. Der christlich organisierte Arbeiter Otto Kaiser wurde auf dem Weg zur Arbeit von streikenden Genossen aufgefordert, mit zum sozialdemokratischen Volkshaus zu gehen. Auf seine Weigerung hin erhielt er einen Faustschlag unter das Kinn und sofort von hinten her Schläge mit einem Gummischlauch über den Kopf und die Achseln. Als Polizei kam, schüteten sich die Angreifer. Kaiser lebte nun in ständiger Angst und schaffte sich zu seinem Schutz einen Revolver an.

Einige Tage später war Kaiser mit einem Kollegen Dillmann in einer Wohnung beschäftigt. Da drangen einige Streikende, darunter oben erwähnter Wybler, ein. Auf seine Weigerung hin, die Arbeit niederzulegen, wurde Dillmann von Wybler tätlich angegriffen und brutal durchgeprügelt. Der Wärmelocher den auf dem Korridor beschäftigten Kaiser herbei. Sofort stürzte sich Wybler auf den Kaiser, der ihn nach einigen Mißhandlungen wegstoßen konnte. Nun drohte Kaiser mit dem Revolver. Trotzdem ging Wybler von neuem auf Kaiser los, der ihm den Revolver entgegenhielt. Wybler erfaßte die Hand des Kaisers mit dem Revolver und drückte sie hinunter, wobei der Schuß unbeabsichtigt losging und den Wybler traf, der nach einigen Tagen starb.

Das ist die Darstellung, die Wybler selbst im amtlichen Verhör gegeben hat. Von einem Erschießen aus dem Hinterhalt kann darnach keine Rede sein. Uebrigens ist Kaiser mittlerweile vor dem Schwurgericht von der Anklage auf Ueberschreitung der Notwehr freigesprochen worden. Die Verhandlungen bestätigten die oben gegebene Darstellung des Vorfalles. Die gewiß unverdächtige „Frankfurter Zeitung“ knüpft an das Urteil folgende Bemerkungen:

„Das Urteil wurde vom Publikum mit Befriedigung aufgenommen. Auf sozialdemokratischer Seite versucht man zwar, ihm einige Klassenmotive unterzuschleiben, aber es geschieht in einer Weise, die deutlich erkennen läßt, daß man auch dort nicht der Meinung ist, daß diese Streiks Muster in der Durchführung seien. Man hat auch allen Grund in der Partei, diese Art sozialer Kämpfe zu bedauern und zu wünschen, daß sich in den Gewerkschaften mehr Energie gegen die Anarchen-Elemente zeige. Schon einmal hat diese turbulente Kriegführung den Anlaß zu einer aus der Volkswirtschaft hervorgegangenen Verschärfung des Strafgesetzbuches geboten; jetzt ist wieder etwas Ähnliches im Gange. Ein Komitee beschäftigt sich mit einer Initiative, die auf eine starke Einschränkung des Streikpostens abzielt, wenn nicht ein gänzlich Verbot abzielt. So bedauerlich diese sozialen Ausnahmegehalte sind, so muß sich doch die Sozialdemokratie sagen, daß ihre Gewerkschaften mit ihrer unglückseligen Taktik an solchen Reaktionen selbst schuld sind. Man verleiht auch in der Demokratie nicht ungestraft fortwährend die Rechtsordnung.“

Ganz unsere Meinung. Jedenfalls haben die Genossen angesichts dieser Vorgänge kein Recht, sich über das Vorgehen der schweizerischen Polizeibehörden zu beschweren. Die roten Freiheitsbegriffe sind eben glücklicherweise noch nicht Gemeingut aller Volksschichten.

Aus unserer Industrie.

Aus den süddeutschen Spinnereien, Webereien, Druckerien und Appreturanstalten.

Im großen und ganzen hat sich nach einem Bericht des „Konfektionärs“ das Geschäft in der gesamten Textilbranche des süddeutschen Bezirkes zu vollster Zufriedenheit abgewickelt. Spinnereien und Webereien sind so ziemlich bis Ende des Jahres mit Aufträgen gut versorgt und gezwungen, Aufträge auf gewisse Artikel abzulehnen. Die Druckerien haben das Sommergeschäft fast beendet und sind fleißig dabei, die in Vorka habenenden Winteraufträge fertig zu stellen. Die Läger sind fast in allen Betrieben gering, Lagerware ist fast nirgends aufzutreiben, es wurde sehr vorzüglich gearbeitet; da das Material teuer war, sah man zu, nur die Bestellungen fertig zu stellen. Die Druckerien stehen vor dem Bilanzschluß, der dieses Jahr etwas besser ausfallen dürfte als voriges Jahr.

Auch die Aussichten für das nächste Frühjahrsgeschäft sind gut, denn die Stoffen haben die Sommerware gut verkauft und sind sehr ausnahmsfähig. Nur die Preisfrage dürfte sich schwieriger gestalten. Es ist anzunehmen, daß, wenn nicht eine sehr reichliche Baumwollenernte sein sollte, die Drucker entschieden eine Erhöhung haben müssen. Das Geschäft in Druckereien speziell liegt auch sehr schwierig, die Saison ist verhältnismäßig zu kurz.

In den Appreturanstalten fehlt es vorläufig noch nicht an Arbeit, wenn auch die Ausarbeiter nicht solche große Dispositionen treffen, sie zögern ein wenig, um nicht teure Rohware zu kaufen, sie wollen erst die Erntebereiche abwarten. Bis jetzt sind alle, was die Erntebereiche anbetrifft, nur Annahmen, bevor nicht der Regierungsbericht heraus ist, wird nicht gekauft. Alle sehen demselben mit Spannung entgegen.

Sollten wirklich die Arbeiter hier im Bezirke ausgehert werden, dann dürfte entschieden eine Waren-

Knappheit eintreten, wie sie lange nicht der Fall war. Die Aussichten dafür sind da.

Die Drucker speziell sind so reichlich mit Winteraufträgen versorgt, daß sie eine Preiserhöhung von 1 bis 2 Pfennig pro Meter eintreten lassen mußten, und nehmen neue Aufträge nur mit der angelegten Erhöhung an.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat April

wird in der Mainnummer des Reichsarbeitsblattes wie folgt dargestellt:

Die Baumwollspinnereien waren nach den wenigen in diesem Monat vorliegenden Berichten genügend beschäftigt; die Garnpreise folgten der Steigerung der Baumwollpreise nicht. Arbeitermangel wird aus Hannover, Sachsen und Süddeutschland gemeldet.

In der Baumwollweberei flaute nach Mitteilungen des Verbandes Schlesiener Textilindustrieller die Nachfrage etwas ab; insbesondere zeigte die Landwirtschaft wegen der durch die anhaltende Trockenheit bedingten ungünstigen Ernteaussichten wenig Kaufkraft. Auch nach einem Berichte des Verbandes Deutscher Webereien war die Beschäftigung mittelmäßig, da der Verbrauch an Kleidungsstücken infolge der Lebensmittelteuerung zurückgegangen ist. In Möbelstoffen und Portieren war die Beschäftigung nach Mitteilungen des Vereins zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten zufriedenstellend.

Die sächsische Bigognesspinnerei hatte, wie im Vormonat, ausreichend zu tun. Es trat, wie alljährlich im Frühjahr, Arbeitermangel ein. Auch die Kammgarnspinnereien hatten flott zu tun.

In der schlesischen Wollwarenfabrikation war der Geschäftsgang, wie im Vormonat, befriedigend.

In wollebenen Damenkleidstoffen war die Beschäftigung nach Mitteilungen des Verbandes Thüringischer Webereien ziemlich lebhaft. Die bereits im Vormonat gemeldete Besserung hat angehalten; auch die ausländischen Aufträge gehen lebhafter ein.

Die Lage der Tuchindustrie wird überwiegend als befriedigend bezeichnet; zumeist wird gegenüber dem Vorjahre, zum Teil auch gegenüber dem Vormonat, eine Besserung festgestellt. Ein Bericht aus Finsterwalde lautet ungünstiger. Ueberangebot von Arbeitskräften wird aus Spremberg mitgeteilt. Sonst fehlte es meist an Arbeitern, besonders an Weibern, da im Sommer die jugendlichen Arbeiter lieber Beschäftigung im Freien suchen. In Cheviot- und Bucksinstoffen war die Beschäftigung annähernd voll befriedigend, doch machte sich eine langsame Abschwächung, die auf die Streiks in der Konfektion und im Ruhrgebiet zurückgeführt wird, bemerkbar. Auch wird berichtet, daß die Kaufkraft der Bevölkerung nachgelassen zu haben scheint, da die Zahlungsweise im allgemeinen zu Klagen Anlaß gibt.

In der schlesischen Leinenindustrie war die Beschäftigung recht befriedigend, da der Verbrauch nicht nur in den üblichen Frühjahrswaren, wie Kimberleinen, sondern auch in anderen Leinenarten lebhafter war, so daß die Preise eine Besserung erfuhrten. Es herrschte außerordentlicher Arbeitermangel, zumal die Bauarbeiter jetzt die Webereien verlassen, und neuer Zuwachs aus anderen Gegenden nicht zu verzeichnen ist.

In der Krefelder Samtindustrie war die Beschäftigung gut und besser als im Vormonat, da der deutsche Markt größere Aufträge erteilte; in Samtband blieb die Nachfrage sehr schwach. In Seidenstoffen war der Geschäftsgang, wie im Vormonat und im Vorjahre, ziemlich gut.

In wollebenen und hammwollenen Strickgarnen und Effektgarnen war die Beschäftigung befriedigend und besser als im Vormonat; die Käufer, die mit ihren Aufträgen zurückgehalten hatten, sahen sich durch den eintretenden Bedarf und durch die ansteigenden Preise veranlaßt, Einkäufe vorzunehmen.

In Strick- und Wirkwaren war die Beschäftigung im allgemeinen befriedigend und besser wie im Vormonat. Aus Schlesien wird Mangel an Fabrikarbeiterinnen und Ueberangebot von Heimarbeiterinnen gemeldet.

In Shawls und Tüchern hat die Beschäftigung gegen den Vormonat nachgelassen, da infolge der warmen Witterung des vorigen Jahres wollebene Sachen weniger gekauft wurden und die Geschäfte noch größere Restbestände liegen haben.

Die sächsische Sticker- und Spitzenindustrie zeigte nach einem Berichte des Fabrikantenvereins gegenüber dem Vormonat, in dem sie gut beschäftigt war, keine Veränderung. Es herrschte nach wie vor großer Arbeitermangel.

Die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken hatten nach der Mehrzahl der Berichte zufriedenstellend zu tun, nur ein süddeutsches Werk war nicht befriedigend beschäftigt. Mehrfach wird ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften, besonders an weiblichen, gemeldet, da infolge des heftigen Geschäftsganges in der Baumwollindustrie viele Arbeiterinnen übergewandert sind.

Die Kopfharnspinnereien waren nach Mitteilung des Verbandes deutscher Kopfharnspinner sehr gut und besser als im Vorjahr und Vormonat beschäftigt.

Nach einem Berichte des Syndikats elsfässischer Rattendrucker waren die Stoffdruckerien ungenügend beschäftigt. Die Färbereien für Wollwaren hatten zufriedenstellend zu tun; gegenüber dem Vormonat ist eine Besserung zu verzeichnen, besonders in den Färbereien für lose Wolle. Teilweise mußte mit Ueberstunden gearbeitet werden; auch die Kammgarnfärbereien hatten eine kleine Besserung erfuhrten.

Aus der Textilindustrie berichteten 452 Betriebskrankenkassen mit 94387 männlichen und 110434 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. April ergab sich am 1. Mai eine Zunahme der versicherungsg-

pflichtigen Mitglieder ohne Kranke (429 männliche, 161 weibliche).

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren arbeitslos:

	Mitgliederzahl	April 1912	April 1911	März 1911
Textilarbeiter (G.)	139786	0,5	0,8	0,5
Textilarbeiter (G.)	41981	0,6	—	0,5
Textilarbeiter (S.D.)	6055	1,1	0,9	1,7

Aussichten für die amerikanische Baumwollernte.

Nach den seither bekannt gewordenen privaten Schätzungen der Baumwollernte konnte die vom amtlichen Zensusbureau in Washington abgegebene Begutachtung mit 78,9 Punkten keine Ueberraschung bilden. Man mußte darauf gefaßt sein, daß das vor einigen Wochen teilweise ungünstige Wetter, und namentlich die Ueberschwemmungen in einzelnen Anbaugebieten, wie in Arkansas und Tennessee, die Entwicklung der Baumwollsaaten beeinträchtigt haben, wiewohl manche Berichte anfangs die Schäden übertrieben darstellten. Einen gewissen Ausgleich brachte die zuletzt im ganzen günstige Witterung. Bemerkenswert ist, daß die Konstitution der Pflanze als gesund geschildert wird.

Die wiederholt erwähnten, recht geräuschvoll inszenierten Bestrebungen, auf eine Einschränkung der Anbaufläche hinzuwirken, scheinen keinen nennenswerten Erfolg gehabt zu haben. Offizielle Angaben über den Umfang der Anbaufläche liegen noch nicht vor. Das „Journal of Commerce“ schätzt die Reduktion auf 7 pCt. Das wäre nach einer so überaus großen Ernte wie der des Vorjahres keine besonders auffällige Erscheinung, auch wenn man nichts von einer Agitation gegen den Umfang des Anbaues gehört hätte. Bei einem Vergleich der jetzt vorliegenden offiziellen Schätzung mit der Lagation um die gleiche Vorjahreszeit muß man sich überhaupt immer des exzeptionell günstigen Ergebnisses der letzten Ernte bewußt bleiben; daß zwei solche Ernten nacheinander folgen, ist erfahrungsgemäß nicht wahrscheinlich. Es bleibt ferner zu beachten, daß zwischen der Ende Mai erfolgten ersten Begutachtung und dem Stand im Oktober noch zahlreiche Variationen, je nach dem Einfluß der Witterung, eintreten können. Ob es ein Zufall ist, daß die sich auf eine Reihe von Jahren erstreckende Statistik die Tatsache ergibt, daß die Oktoberschätzung ausnahmslos niedriger ist als die im Mai veröffentlichte Note, mag dahingestellt bleiben. Die jetzige Bewertung mit 78,9 Punkten entspricht ungefähr der gleichzeitigen im Jahre 1908, wo sie 79,7 Punkte betrug; damals belief sich bei einer Anbaufläche von 33,37 Mill. Acres das Ernteresultat auf 13,82 Mill. Ballen. Ein zuverlässiger ziffermäßiger Anhalt für den Umfang des diesjährigen Anbaues fehlt noch, aber auch mittels eines solchen könnte man um die jetzige Jahreszeit nicht einmal als annähernd wahrscheinlich geltende Schlüsse auf den Ernteausschlag ziehen. Wir lassen nun die Schätzungsziffern für die einzelnen Staaten folgen:

	Mai 1912	Mai 1911	Mai 1910	Mai 1909	Mai 1908
Nord Carolina	87	83	84	83	87
Süd Carolina	83	80	78	83	81
Georgia	74	92	81	84	80
Florida	75	95	80	91	82
Alabama	74	91	83	83	78
Mississippi	72	86	82	78	80
Louisiana	69	91	76	74	80
Texas	86	88	83	78	77
Arkansas	73	87	81	84	85
Tennessee	74	83	86	85	84
Oklahoma	78	87	84	84	80
Missouri	74	86	87	98	88
Virginia	89	93	90	85	88
California	—	95	90	—	—
Allg. Durchschnitt	78,9	87,8	82,0	81,1	79,7

Daraus geht hervor, daß den ungünstigen Durchschnittsstand Louisiana mit 69 Punkten aufweist, den höchsten Virginia mit 89. Die Veröffentlichung des Bureauberichtes hat auf die Tendenz der New Yorker Baumwollbörse keine einschneidende Wirkung gehabt. Wenn sich die Preise etwas höher stellten, so dürfte dies hauptsächlich dem in letzter Zeit im ganzen festen Grundton zuzuschreiben sein; die Ursache dafür liegt in den besseren Verhältnissen des Baumwollhandels und in der Erholung der ungünstigen Situation in der Textilindustrie. Der Baumwollpreis in New York stellt sich jetzt ungefähr ebenso hoch wie am 1. Mai d. J., aber gegen 200 Punkte höher als bei Beginn dieses Jahres, wo die Diesenernte 1911/12 auf den Markt drückte.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Kollegen in den einzelnen Zahlstellen darauf aufmerksam, daß am 29. Juni (Peter und Paul) das zweite Quartal 1912 zu Ende geht. Die Quartalsberichtsarten (gelb) müssen spätestens vier Tage nach Schluß des Quartals, also spätestens am 3. Juli, an die Zentrale eingekandt werden. Wir bitten die Arbeitslosen-Berichterhalter dringend, sich an diesen Termin zu halten und die Berichtsarten bis zum 3. Juli einzufenden.

Der Arbeitslosenfeiertag für den Monat Juni ist Freitag, den 28. Juni, in den Orten, wo der 29. Juni (Peter und Paul) ein Feiertag ist, in allen anderen Orten am Samstag, den 29. Juni. Wir bitten dies bei der Zahlung zu beachten.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentrale.

An die Ortsgruppenverwaltungen!

Die Ortsgruppenverwaltungen werden dringend gebeten, die

Abrechnung pro II. Quartal 1912 baldmöglichst zu erledigen, bezw. der Geschäftsstelle des Verbandes in Düsseldorf einzusenden. Spätestens am 20. Juli er. müssen sämtliche Abrechnungen eingegangen sein.

Die präzise Einhaltung dieses Termins ist absolut notwendig, da das gesamte Material noch für den Geschäftsbericht für die Generalversammlung verarbeitet werden muß.

Die Ortsgruppenvorstände werden gebeten, jetzt schon ihre Vertrauensleute zu ernennen, die Schlussabrechnung für das II. Quartal möglichst früh zu machen.

Diejenigen Ortsgruppen, welche mit dem III. Quartal Lokalt Beiträge neu einführen und zu diesem Zwecke neue Marken erhalten haben, müssen die erübrigten alten Marken zugleich mit der Abrechnung einsenden.

Düsseldorf, 16. Juni 1912.

Die Geschäftsstelle.

E. M. Schiffer, H. Schaffrath, Verbandsvorsitzender, Zentralassistent.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Ameru St. Georg.

Die Bewegung, welche bei der Firma Gebhard vor einigen Wochen infolge einer Lohnreduktion einsetzte, ist, nachdem eine Verminderung der Abzüge stattgefunden hat und nachdem die Firma denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die einen Schnellläufer bedienen, für die erste Rente 10 Proz. Vergütung zusagte, zum Abschluß gebracht worden. Die Belegschaft beschloß, nachdem sie alle Momente in Betracht gezogen hatte, mit 72 gegen 33 Stimmen, die Kündigung zurückzunehmen. Es wurde ebenfalls beschlossen, während der ersten zwei Monate die Verdienste der in Betracht kommenden Arbeiter zu prüfen. Sollte sich dabei herausstellen, daß die Angaben der Firma, daß das Verdienst der Arbeiter nicht sinken würde, nicht zutreffen, dann soll erneut an die Firma herangetreten werden. Die Arbeiterschaft erwartet, daß Herr Gebhard dann sein Versprechen einlöst und den Lohn so regelt, daß keine Verdienstminderung, sondern eine Verdiensterhöhung herauspringt. Hoffentlich hat die Firma aus dieser Bewegung die Lehre gezogen, daß die Arbeiter eine Verdienstminderung nicht ruhig hinnehmen können und, wenn es nicht anders sein kann, eine solche auch mit den äußersten Mitteln abzuwehren gewillt sind.

Blaiach (Bayer. Allgäu).

Streik der Weber bei der Allgäuer Baumwollspinnerei und Weberei. An der Landstraße von Immenstadt nach Sonthofen liegt, hart am Fuße der schönen Allgäuer Berge, die Dorfgemeinde Blaiach mit ungefähr 1700 Einwohnern. In diesen idyllisch gelegenen Ort ist schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Textilindustrie eingezogen. Eine Fabrik unter der Firma „Allgäuer Spinn- und Weberei“ beschäftigt in Blaiach allein annähernd 800 Leute. Dazu kommen noch zwei Filialwebereien Oberdorf und Hindelang, wo ebenfalls noch einige hundert Leute beschäftigt sind. So ganz fremd sind diese Orte den Lesern unseres Fachorgans nicht, denn schon im Jahre 1906 machte der Hauptbetrieb in Blaiach in unruhiger Weise von sich reden. Es waren damals Lohnunterschiede ausgebrochen, die aber nicht zum Ausstand führten, weil die Organisationsvertreter es zu verhindern suchten. Dafür hätte damals die Fabrikdirektion den Verbandsvertretern eigentlich dankbar sein sollen. Jedoch diejenigen Leute, welche an der Spitze der beiden Ortsgruppen des christlichen und des deutschen Verbandes standen, ungefähr 10—11 Personen, wurden plötzlich und ohne allen Grund entlassen. Mit diesem Gewaltstreik war es der Direktion gelungen, die beiden Organisationen bis auf einen kleinen Stamm zu vernichten. Die Gewerkschaften wurden selbstverständlich von ihren Organisationen tatkräftig unterstützt, sie leben heute noch und fühlen sich an ihren jetzigen Arbeitsplätzen wohler, als in Blaiach.

Nun lebte die Blaiacher Arbeiterschaft von 1906 bis heute ohne Organisation. Alle Mühe, die Leute wieder zu gewinnen, war vergebens. Dabei darf aber niemand glauben, daß die Leute mit ihren Verhältnissen zufrieden gewesen seien oder sein könnten. Nein, im Gegenteil, von Zeit zu Zeit haben sie aufgemutet, haben sich gemeinsam zusammengetan, haben plötzlich die Arbeit niedergelegt, und glaubten, dadurch etwas zu erreichen. Die Direktion blieb dabei ziemlich kalt, sie war an diese Dinge gewöhnt, eine kleine Beschäftigung und ein scheinbares Versprechen beruhigte die Leute, und flugs war alles wieder im Gange. Bitter enttäuscht mußten oft die Leute in ihr Schicksal sich fügen und mit tiefem Groll im Herzen mußten sie sehen, wie ihre Arbeitsverhältnisse immer schlechter wurden.

Insbesondere in der Weberei hörte die Klage von dem schlechten Material gar nicht mehr auf. Beschwerden beim Meister oder Obermeister waren nutzlos. Das erregte den Unwillen der gesamten Arbeiterschaft in der Weberei, und als alles Bitten nichts helfen wollte, stellten sie, die unorganisierten Leute, am 5. Juni ihre Maschinen ab. Als nach langen Verhandlungen ein greifbares Zugewinn nicht erreicht wurde, verließen die Leute am 7. Juni geschlossen die Fabrik. Das bemerkenswerteste bei der ganzen Sache ist, daß diese Leute nicht von außen beeinflusst, oder wie es sonst immer heißt, von den Gewerkschaftsführern „verheißt“ worden sind; nein, das war nicht der Fall, denn die Leute waren unorganisiert und die Gewerkschaftsführer erfuhren

erst auf Umwegen etwas davon, als die Leute den Betrieb schon verlassen hatten. Aber gerade so, wie Herr Direktor Zellweger durch den oben angeführten Gewaltstreik im Jahre 1906 die Leute aus der Organisation hinausgetrieben, bezw. eingeschüchtert hatte, so hat er jetzt dieselben Leute wieder in die Organisation hineingetrieben. So einig und geschlossen hat man wohl selten eine Arbeiterschaft gesehen, und eine ganze Anzahl davon, die sonst nie für eine Organisation zu haben gewesen wäre, erkennt jetzt die Notwendigkeit und Nützlichkeit derselben an. Auch werden sich die Leute dieses Mal nicht mit leeren Versprechungen abspießen lassen und haben deshalb folgende Forderungen an die Direktion eingereicht:

- 1. Eine Lohnerhöhung von 10% auf sämtliche Artikel für dauernd.
2. Anerkennung des neu gewählten Arbeiterausschusses.
3. Maßregelungen von Seiten der Firma infolge dieser Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden.
4. Ein Lohnzettel muß im Webstuhl in augenfälliger Weise angebracht werden.
5. Eine Abänderung des Lohnzettels darf nur mit Einwilligung des Arbeiterausschusses vorgenommen werden.
6. Einbehaltung eines ganzen Stücklohnes für etwaige fehlerhafte Ware darf nicht mehr stattfinden.

Aus unseren Bezirken.

Arbeiterinnenagitation in Sachsen.

Vom 7. Mai ab, bis kurz vor Pfingsten, bot sich auf einer Agitationsstour durch Sachsen und die Lausitz wieder viel des Interessanten über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Textilarbeiterinnen. Nicht, als ob die betreffenden Frauen und Mädchen so ganz ohne weiteres über ihre eigene Lage zu erzählen anfangen, auch nicht, daß in den Versammlungen gerade die Arbeiterinnen bei der Diskussion mit ihren Erfahrungen herausrückten — nein — die wichtigsten Einzelheiten kommen zumeist nur im Privatgespräch an den Tag, deshalb ist es unbedingt notwendig, daß wir unter Kollegen und Kolleginnen die persönliche Aussprache fördern. Dann kann sich die von Natur zaghafte und schüchterne Arbeiterin bestimmt darauf verlassen, daß andere, die mutig, energisch und tatkraftvoll zu handeln gelernt haben, sich ihrer annehmen werden. Daß in Forst, dem Mittelpunkt der Lausitzer Tuchindustrie, bezüglich der Arbeiterinnen nach so manchem im Argen liegt, kommt wohl daher, daß der Mädchen größte Zahl sich viel mehr und viel lieber zu Tanz und Vergnügen hingezogen fühlt, als zu der so notwendigen gewerkschaftlichen Mitarbeit. Wir sind wohl die letzten, die den Arbeiterinnen diese „Freude“ mißgönnen; wir bedauern nur, daß sich der Mangel an erster Betätigung immer wieder an den Arbeiterinnen rächt und daß andererseits kein noch so großes Maß an Sonntagsfreuden dem Arbeiterinnenleben dauernd etwas von seiner Schwere nimmt. — Der Versammlung in Forst folgten zwei Zusammenkünfte in Spremberg, eine Betriebs- und eine Arbeiterinnenversammlung; im Interesse der dortigen Kollegen und Kolleginnen ist ein besserer Besuch der Versammlungen sehr zu wünschen.

In Sorau scheint sich ein ruhiges Leben in der Ortsgruppe zu entwickeln. Es ist dort allerdings die gewerkschaftliche Arbeit auch sehr nötig. Wo infolge schlechten Materials heute noch „Löhne“ von 7 Mark — schreibe sieben Mark — pro Woche verdient werden können, wenn bei Warten auf Material bei einer andern Firma noch 8 — 10 M. wöchentlich erreicht werden, da ist Unzufriedenheit mit den Lohnverhältnissen berechtigt. Wichtig und unentbehrlich ist dann aber auch die Mitarbeit aller in der gewerkschaftlichen Organisation, wie eine Kollegin treffend in der Diskussion ausführte.

Unsere Ortsgruppe in Sommerfeld hielt am 11. Mai ein gelungenes und gut besuchtes Familienfest ab, welchem jedoch der gewerkschaftliche Charakter nicht abging. Ein deutlicher Beweis dafür ist, daß die Ortsgruppe beschloß, den Lokaltbeitrag einzuführen. Alle Achtung den tapferen Kolleginnen und Kollegen. Am 12. Mai hat uns der evangelische Jungfrauenverein Cottbus herzliche Gastfreundschaft. Möchte doch ein Teil der frisch-fröhlichen Jugendkraft, die im Verein gesammelt ist, unsere christlich-nationalen Arbeiterinnenbewegung sich widmen. Der Verein selbst könnte durch die Entschiedenheit und Kühnheit der organisierten Mitglieder nur gewinnen. — In Leipzig-Lindenau fand im Kreise tüchtiger Kollegen und Kolleginnen eine interessante Versammlung statt. Gut besucht war es auch in Eilenburg. Die Aussprache brachte Beweise genug, daß hier noch lange nicht alles im Arbeitsverhältnis im rosigem Lichte steht. Höchste Zeit wäre es, daß hier die auf christlich-nationalem Boden stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen besser und entschließener sich zusammenscharten, denn nur dadurch wird der Terrorismus der Genossen und Genossinnen abgewendet. Im Chemnitz haben wir im Kreise unserer gesinnungstüchtigen Mitglieder eine sehr schöne Versammlung abhalten können. Es freut uns besonders, berichten zu können, daß es die Erfolge einer Kollegin sind, die uns in den Stand setzten, eine so stattliche Anzahl sittlich hochstehender und intelligenter Kolleginnen vor uns zu sehen. In Chemnitz und in Leipzig wurde zudem Hausagitation gemacht. Wenn man beobachten kann, wie viel Unkenntnis und Verständnislosigkeit in gewerkschaftlichen Dingen noch in den einzelnen Familiengliedern steckt, dann muß erneut die Einsicht Platz greifen: Die Arbeiterinnenagitation kann nur dann die besten Fortschritte machen, wenn wir vorerst und überall die gewerkschaftliche Schulung in die Häuser hineintragen!

Der 20. Mai brachte eine Versammlung in Suckowwalde. Hier dürfte eine ruhige und zielsichere Vorarbeit und Weiterarbeit von großer Bedeutung sein. Für Arbeiterinnen kommt hier vielfach Saisonarbeit in Betracht. Zeiten mit verhältnismäßig gutem Verdienst wechseln

mit Zeiten von magerem Lohne ab. Dieses Auf und Ab im Arbeitsverhältnis zieht ein vielfaches Schwanken in den Lebensverhältnissen der Arbeiterinnen nach sich. Sehr zu bedauern ist, daß das sittliche Niveau der Arbeiterinnen als ziemlich tiefliegend geschilbert wurde. Schon aus diesem Grunde wäre den Arbeiterinnen, die sich doch christlich-national nennen, dringend anzuraten, sie sollten mithelfen, jene Organisation zu verstärken, welche die sittlichen Werte und die Ehre der Arbeiterin im Wirtschaftsleben zu verteidigen imstande ist — da sie auf christlichen Grundsätzen beruht. In Guben, wo bekanntlich die Filzhutfabrikation ihren Hauptsitz hat, gab es eine äußerst interessante Versammlung. Es stellte sich heraus, daß zwei Genossen uns mit ihrem Besuche beehrt hatten. Von der gegebenen Redefreiheit eifrig Gebrauch machend, glaubten dieselben, den Eindruck des Referats verweischen zu können. Aber in der Versammlung waren Leute, welche das Wesen der sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht bloß aus Büchern und Zeitungen kannten, sondern noch viel mehr aus der Praxis. Und als in später Stunde die Versammlung geschlossen wurde, da hatten die vorher so Gewaltigen noch von einfachen Arbeitern und von einer Arbeiterin Worte entgegen geschleudert erhalten, die wir nur deshalb nicht an dieser Stelle anführen, weil wir den Zweck nicht verfolgen die sozialdemokratische Organisation noch mehr in Mißkredit zu bringen. Sie hat sich vielerorts selbst in Mißkredit gebracht. — In Sagan hatten wir die Freude, eine Versammlung des evangelischen Arbeiterinnenvereins zu besuchen. Wir können nicht umhin, an dieser Stelle nochmals der verehrl. Vereinsleitung für das Entgegenkommen zu danken. Eine klare, entscheidende Aussprache gereicht jedem Vereine zur Ehre; Meinungsverschiedenheiten kann es immer und überall geben. Kürzere Besprechungen haben in Wittweida und in Sagan stattgefunden. Alles in allem unschätzbare Agitationstage so manche Arbeit, die jedoch immer wieder gerne getan wird im Hinblick darauf, daß der christlich-nationale Textilarbeiterverband dadurch gestärkt und unseren Arbeiterinnen damit geholfen werden kann. F. H.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Allersberg bei Nürnberg. Eine recht stattliche Anzahl von Kollegen und Kolleginnen war der Einladung gefolgt und in unserer Versammlung am Pfingstmontag erschienen. Kollege Wirtlein aus Roth a/Sand, der mit mehreren Kollegen von der Ortsgruppe Roth erschienen war, eröffnete die Versammlung. Kollege Wirtlein aus Bamberg, der als Referent anwesend war, sprach über das Thema: „Die letzten Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete und unsere nächsten Aufgaben.“ Zunächst warf Redner einen Rückblick auf den beendeten Streik im Ruhrbergbau und rechtfertigte das Verhalten des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. Hinweisend auf die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften bei wirtschaftlichen Kämpfen, wies er die von den Gegnern so oft zu Unrecht gemachten Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften zurück. Der Ausgang des Kampfes habe wieder recht deutlich gezeigt, daß die christlichen Gewerkschaften eine Macht geworden sind, womit die Gegner zu rechnen haben. Auch sei der Beweis erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften den richtigen Weg eingeschlagen haben. Auch der Aussperrungsbeschuß der süddeutschen Metallindustriellen sei ein Fingerzeig für uns, unsere christlichen Gewerkschaften so zu stärken, um allen Situationen gewachsen zu sein. Mit der Aufforderung, unserem Verbands immer mehr neue Streiter und Kämpfer zuzuführen, und den christlichen Gewerkschaften auch in erster Zeit die Treue zu bewahren, schloß Kollege Wirtlein seinen lehrreichen und interessanten Vortrag.

In der Diskussion ergänzten einige Kollegen aus Roth noch die Ausführungen des Kollegen Wirtlein. Nachdem der Referent das Schlusswort gesprochen hatte, schloß Kollege Wirtlein die sehr schön verlaufene Versammlung, die uns wieder einige neue Mitglieder brachte.

Goesfeld. (Der kleine Generepro macht von sich reden.) Auf unsere Ausführungen im Verbandsorgan, betr. die Gründung einer Zahlstelle des Gewerkschafts der Hirsch-Dunder für die Textilarbeiter hier selbst, kommt das Organ des Gewerkschafts der H.-D. in Nr. 21 zurück. Es scheint, daß man dort mit viel Gepolter und inhaltslosen Phrasen den Mangel an sachlichem Inhalt weit machen will. Man spricht von Verdrehungen und Entstellungen unsererseits, denen gegenüber man mal Klarheit schaffen sollte. Von Klarheit ist aber in dem Artikel bitter wenig zu merken. Man brüht sich, auf persönliche Anrempelungen nicht eingehen zu wollen, jedoch besteht der Artikel zum großen Teil aus nicht zu übertreffenden kleinlichen persönlichen Anwürfen. Große Worte schaffen keine Tatsachen aus der Welt; das mögen sich auch die H.-D. gesagt sein lassen.

Wenn die Gründung der H.-D. dem Bestreben entsprang, mehr für die Arbeiter zu leisten, dann möge man doch mit bisherigen Erfolgen und Taten der Hirsch-Dunderer aufwarten. Wohlweislich geht das Organ der H.-D. auf die Ausführungen in Nr. 16 unseres Organs und die Ausführungen unseres Bezirksleiters nicht ein. Umso mehr verwundert man sich aber in Widersprüche, was an folgendem illustriert werden möge: In dem Artikel heißt es, daß die Roten ebenfalls (!) unter dem Druck der Christlichen in Goesfeld nicht weiter kommen könnten; hinterher macht man sich aber die angebliche Ausrufung eines unserer Mitglieder zu eigen, wonach die Roten bei der Aussperrung im vorigen Jahre die Führung gehabt haben sollen.!! Des weiteren spricht man von Scharen, die hier aus unserem Verband ausgetreten seien, jedoch wir 2/3 verloren hätten. An anderer Stelle wird dann in dem Artikel konstatiert, daß unsere Ortsgruppe 500 Mitglieder zählt. Nun, wenn wir 500 Mitglieder zählen und obendrein noch 2/3 verloren haben, dann hätten wir ja früher eine Ortsgruppe von 1500 Mitgliedern gehabt. Selbst bei sehr gutem Geschäftsgang ist die Goesfelder Textilindustrie aber über 1000 Beschäftigte kaum hinausgekommen. Zur Zeit sind, wegen der ungünstigen Lage einiger Betriebe am Orte, bei weitem keine 1000 Arbeiter in der Textilindustrie beschäftigt. Wenn aber dennoch ein derartiger Unfug von den H.-D. aufgetischt wird, kann man solche Leute unmöglich ernst nehmen. Es ist demnach auch zuviel verlangt, auf derartige Fäseleien mehr Raum zur Erwidmung in Anspruch zu nehmen. Wenn man damit rechnet, möge man sich etwas mehr Logik zulegen.

M.-Glöblich. Laut einer Mitteilung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ herrscht hier „ein beträchtlicher

Mangel an tüchtigen Webern." Es sei dies eine Erscheinung, die man seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtet hat." Es sei sogar so schlimm, daß manche gute Dredre zurückgewiesen werden mußte, weil Arbeiter nicht zu beschaffen waren." Wie sieht es nun in Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkte hier aus? Eine Nachfrage auf dem hiesigen kommunalen Arbeitsnachweise ergab, daß die Nachfrage nach Webern sehr minimal sei. Während mehrerer Tage seien im ganzen vier offene Stellen für Weber gemeldet worden. Es kommt ferner das Stellenangebot in der hiesigen Tagespresse in Frage. Hier bieten neue Firmen offene Stellen an. Es entfiel nun die Frage, was sind dies für Firmen? Unter denselben befindet sich eine Lohnwebererei mit 20 Stühlen, welche 10 Weber beschäftigt. Ferner eine Webererei, die Aufnehmer resp. Wischlücher fabriziert. Dann sind noch fünf Firmen, welche teils bunte Decken und Betttücher, teils weiße Sachen fabrizieren. Unter diesen befinden sich mehrere Firmen, welche wegen der geringen Löhne, die die Weber dort verdienen, nur in äußerster Not von ortskundigen Webern aufgesucht werden. Es kommen dann noch zwei Firmen, die der Wulst- und Kammgarnbranche angehören. Die erste Firma hat ihren Betrieb in Giesenkirchen. Daß diese Firma am Orte keine Weber finden kann, wird wohl in den Verhältnissen des Betriebes liegen. Von Giesenkirchen gehen viele Weber nach Rheydt und Gladbach arbeiten. Wenn diese am Orte daselbe Verdienst und dieselben Arbeitsbedingungen finden könnten, würden sie nicht stundenweit zu Fuß und per Bahn noch zur Arbeit gehen. Zum Schlusse blieb dann noch die Kammgarnwebererei in M.-Gladbach. Auch hier ist die Zahl, welche dort eingestellt werden kann, nicht groß. Es handelt sich wahrscheinlich um ein paar Weber. Nebenbei sei noch bemerkt, daß in einem Betriebe mit dieser Nummer, die Firma ist im Inserat nicht angegeben, die Weber sich in einer Lohnbewegung befinden.

Aus allen diesen Umständen geht hervor, daß in solchen Firmen, wo die Weber einen anständigen und guten Lohn verdienen kein Webermangel gespürt wird. Der ganze Inhalt der betreffenden Notiz ließ aber durchblicken, daß man ein großes Angebot vermisst, wie es von manchem Unternehmer zum Nachteile der Arbeiter gewünscht wird. Welche Folgen aus einem Ueberangebot entstehen, davon weiß mancher Arbeiter ein Viehchen zu fingen, der ihre Wirkung am eignen Leibe gespürt hat.

Neumünster. Ueber die Haltung unseres Verbandes während der Tarifbewegung in der hiesigen Tuchindustrie waren die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf. Um über die Stellung unseres Verbandes in obiger Angelegenheit der Arbeiter und Bürgerschaft Neumünsters Klarheit zu bringen, beriefen wir am 4. Juni eine öffentliche Versammlung ein. Da die Zeitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Neumünster glaubte, in dieser Versammlung nicht alles gut abzuschneiden, hatte sie durch besonderes Zutun ihre Mitglieder dringend ersucht, an der Versammlung teilzunehmen. Diese war denn auch äußerst zahlreich besetzt. Von den Teilnehmern waren mindestens zwei Drittel Genossen.

Unser Referent, Kollege Lenning-Hannover, behandelte in längerer Rede die hiesige Tarifbewegung und ihre Begleiterscheinungen. Er verurteilte scharf das inkonsequente Verhalten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes bei dieser Bewegung. Die Bewegung sei mit großem Lärm angeleitet worden. Auch sei dieselbe zuerst recht ausführlich gewesen. Dann aber seien seitens des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes Fehler über Fehler gemacht worden. So sei der Streik bei der Firma Gebr. Hansen, wie sich zum Schluß herausgestellt habe, ohne Genehmigung des Vorstandes in Berlin erfolgt. Bei der folgenden Aussperrung habe man keine Energie entwickelt. Man habe 150 bis 500 Arbeiter in den Betrieben belassen, obwohl die finanzielle Mehrbelastung keine besonders große gewesen wäre. Dazu habe man die Arbeitererschaft systematisch mütlos gemacht. Kurz, man habe absichtlich die Bewegung in sich zusammenbrechen lassen. Besonders zu verurteilen sei es, wenn man die Tarife nicht durchsetzen wollte, daß man dieselben nicht durch die Kommissionsmitglieder habe zurückziehen lassen. Es hätte dann die Bewegung mit einem, wenn auch kleinem Erfolg beendet werden können. Redner zeigte dann, wie sich unser Verband in den einzelnen Situationen verhalten hat. Wir hätten als Minorität stets das ehrliche Bestreben gehabt, mit der „frei“ organisierten Mehrheit nach Möglichkeit zusammen zu gehen. Doch könne von uns niemand verlangen, daß wir einen solchen Schwindel stillschweigend gutheißen sollten. Wenn es in Zukunft gelte, in ehrlicher Weise für die Interessen der Arbeiter einzutreten, werde der „deutsche“ Textilarbeiterverband uns an seiner Seite stehen. (Lebhafte Beifall.)

In der nun folgenden Diskussion sprach zuerst der Geschäftsführer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Kollege Neumünster. Er begann mit einer hübschen Denunziation unserer Versammlungsmitglieder. Unsere Versammlungsmitglieder sollten den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen. Er versuchte dann das Verhalten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, oder vielmehr sein eigenes Verhalten während der Streikbewegung zu verteidigen. Die „Gründe“, die er für sein Verhalten angab, fanden auf recht schwachen Füßen. Er mußte zugeben, daß er den Streik ohne Genehmigung des Zentralvorstandes begonnen habe, daß Herr Hübsch-Berlin am ersten Streiktag den Tarif ohne Wissen des christlichen Textilarbeiterverbandes habe fallen lassen usw. Die mangelfulde Aufklärung der Mitglieder entschuldigte er damit, daß er sagte, er, sowie die anderen Verbandsbeamten hätten keine Zeit gehabt ein Heines Heubündel zu schreiben. Hielt Herr Kohler sich in seinen Ausführungen noch in etwa sachlich, so kam man dieses von dem nach ihm redenden Mitgliedern des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes nicht fagen. Sie schimpften wütend über die bösen „Christlichen“, die ihren Verband jetzt so schrecklich zerstört. Unsere Kollegen blieben ihnen die Antwort aber nicht schuldig. Interessant wurde die Diskussion jedoch erst, als ein Mitglied des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes auftrat und erklärte, er habe noch für mehrere Wochen Streikbewegung vom „deutschen“ Verbands zu bekommen. Man habe ihm diese einfach vorenthalten. Er habe noch 245 Mark zu bekommen. Diese solle man ihm doch endlich auszahlen. Sehr interessant war auch seine Mitteilung darüber, wie der „deutsche“ Textilarbeiterverband in Neumünster die Opposition in den eigenen Mitgliedertreffen mundtot macht. Die Filiale Neumünster hielt kürzlich eine Mitgliederversammlung ab, in der die Tarifbewegung besprochen wurde. Als Legitimation diente beim Eintritt in den Saal das Mitgliedsbuch. Aus hatte man kurz vor der betreffenden Versammlung den oppositionellen Mitgliedern das Mitgliedsbuch aus dem Hause geholt. Sie konnten deshalb an der Versammlung überhaupt nicht teilnehmen. „Wir ist das Mitgliedsbuch aus dem Hause geschwindelt worden“, so sagte der betreffende Disziplinardner. Diese Worte waren den in der Versammlung anwesenden Anhängern des Herrn Kohler so peinlich, daß sie die Worte des Kollegen in lauten Schreien zu erwidern suchten. Auch Herr Kohler, der als nächster Redner sprechen

solte, konnte sich absolut kein Gehör mehr verschaffen. Da unsererseits, das was gesagt werden mußte, schon vorher gesagt worden war, schlossen wir die Diskussion. Die Versammlung nahm dann zum Schluß einstimmig eine Resolution an, in der sie lebhaft bedauert, daß die Tarifbewegung verloren ging. Trotzdem soll versucht werden, demnächst die von den Fabrikanten in Aussicht gestellten Aufbesserungen zu erringen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Errichtung eines christlichen Gasthauses in Leipzig. Der Verein für innere Mission in Leipzig eröffnete Mitte Juli in Leipzig, Seeburg 21, ein christliches Gasthaus. Es gibt dort Zimmer mit 1, 2, 3 und 4 Betten. Sämtliche Zimmer sind mit Zentralheizung und elektrischem Licht ausgestattet. Das Gasthaus enthält große und freundliche Restaurationsräume nebst Badebelegenheit (Bannen- und Brausebäder). Trotz dieser Einrichtungen sind die Preise sehr niedrig gehalten, sie betragen: M. 0,75 bis M. 1,50 pro Bett.

Wir machen die Mitglieder unserer christlichen Gewerkschaften auf dieses neue Gasthaus aufmerksam. Sie werden bei ihrem Besuche in Leipzig dort angenehmen und billigen Aufenthalt finden.

Wie es Arbeiterinnen ergehen kann in Unfallsachen. Kam da kürzlich eine Arbeiterin auf unser Bureau, die vor rund einem Vierteljahr einen Unfall hatte. Es war ihr ein Weichhörnchen mit der Eisenspitze derart an die Wange geslogen, daß von der Kinnlade ein Knochen brach. Sofort nach dem Vorkommnis schwoh natürlich die Wange derart auf, daß nicht direkt festgestellt werden konnte, wie schwer die Beschädigung durch den Unfall eigentlich wäre. Nachdem durch Anwendung verschiedener Mittel das Geschwulst beseitigt war, nahm der Arzt eine Operation vor und entfernte das abgebrochene Knochenstück. Die Arbeiterin gedachte nun, durch die Operation wieder vollständig arbeitsfähig werden zu können; allein, die Kinnlade wollte ihren Dienst nach 5 Wochen noch nicht verrichten. Beim Essen und Sprechen verursachte die geringste Bewegung Schmerz und jeden Morgen mußte die Arbeiterin die Mundschraube anwenden, um die Zähne einigermaßen auseinander zu bringen. Daß unter diesen Verhältnissen die Arbeitsfähigkeit nicht lange dauern konnte, ist zu verstehen, besonders wenn man bedenkt, daß die Kopfnerven bedenklich gelitten hatten durch die Erschütterung.

Und nun stand die Arbeiterin vor der Frage: Was tun, wenn mir wirklich das Krankengeld nicht mehr weiterbezahlt wird — wie ihr bedeutet worden war? Womit soll sie sich und ihr altes Mütterchen durchbringen? In dieser Notlage kam sie zum Verband — Schutz und Hilfe heischend.

Wie leicht konnte dieser Arbeiterin geholfen werden, wenn sie den Weg zum Verband nur ein Jahr früher gefunden hätte. Ihr Mütterchen und sie selber wäre dann ausgiebig geschützt worden. Die Unterstützung und unentgeltlicher Rechtsschutz wären ihr sicher gewesen. Ihre Rechte wären vertreten worden von einem sachkundigen Arbeitsekretär und sie wären verfochten worden bis zur höchsten Stelle, dem Reichsversicherungsamt in Berlin.

Die Lohnzahlung an minderjährige Arbeiter. In ihren jüngsten Mitteilungen für 1911 berichten die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten u. a. auch über die bisher übliche Regelung der Lohnzahlung an minderjährige Arbeiter.

Nach ihren Ermittlungen erfolgt diese fast überall in der für die älteren Arbeiter üblichen Weise. Statutarische Bestimmungen durch Gemeinden usw. auf Grund des § 119a Abs. 2 der Gewerbeordnung, nach dem der von dem minderjährigen Arbeiter verdiente Lohn nur an dessen Eltern oder Vormund und nur mit deren schriftlicher, polizeilich beglaubigter Zustimmung an diesen selbst gezahlt werden darf, sind nur in wenigen Bezirken getroffen worden. Fergendwede praktische Wirkung haben sie nicht gehabt und dürften auch kaum jemals zur Durchführung kommen, da selbst in den industrieschwachen Kreisen der Arbeiterwechsel sehr groß ist, und eine Gemeinde, in der statutarische Bestimmungen gelten, die die minderjährigen Arbeiter in der freien Verwendung ihres Lohnes hindern, deren Abwanderung in andere Gemeinden befürchten müsse.

In größerem Umfange ist durch Arbeitsordnungen eine Regelung der Lohnzahlung an Minderjährige erfolgt. Die betreffenden Bestimmungen besagen zum Teil, daß den Eltern auf Wunsch periodisch Mitteilung über den von ihren Kindern verdienten Lohn gemacht wird, während andere Fabriken weitergehend alle vier Wochen oder bei jeder Lohnzahlung die Unterschrift der Eltern im Lohnbuch verlangen oder den Lohn an den Minderjährigen nur mit der Einwilligung der Eltern, sonst aber an diese selbst zahlen, was auch geschehen kann, wenn die Fabrikleitung dies für erforderlich hält. Von diesen Bestimmungen haben die Betriebe jedoch mangels entsprechender Anträge der Eltern und aus demselben Grunde wie die Gemeinden entweder gar nicht oder nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht. Im allgemeinen nehmen die Eltern den Lohn ihrer Kinder nur dann in Empfang, wenn sie mit ihnen in demselben Betriebe tätig sind.

Als praktische Auszahlungs- und Abrechnungsform bürgern sich immer mehr papierne Lohnbettel ein, auf denen eine genaue Abrechnung nach vorgeordnetem Schema gegeben wird, und die den Lohnbeitrag und sämtliche Abzüge für Versicherungsbeiträge, Strafen, Miete, Lebensmittel usw. genau ergeben lassen. Damit ist auch den Eltern der minderjährigen Arbeiter die Möglichkeit gegeben, die Tätigkeit und den Verdienst ihrer Söhne zu kontrollieren. Nach dem Urteil der Gewerbeinspektoren bilden die Lohnbettel mit Berechnung

einen vollwertigen Ersatz für die durch die Gewerbeordnung vom 27. Dezember 1911 abgeschafften Lohnzahlungsbücher ohne, wie diese, eine Störung und Erschwerung der Lohnzahlungsgeschäfte herbeizuführen.

Soweit die Mitteilungen und Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten! Nachdem wie gesagt, alle bisher angefertigten Versuche, den Eltern eine genaue Kontrolle des von ihren Kindern verdienten Lohnes zu ermöglichen aus den von den Beamten angeführten Gründen nicht den erwünschten Erfolg gehabt haben, wird es eine ernste Aufgabe der Eltern sein, wenigstens die Berechnung auf den Lohnbettel zu überwachen.

Berichtigung

zu der Einteilung der Bezirke für die Wahlen zu Verbandsgeneralversammlung.

Die in der vorigen Nummer veröffentlichte Aufstellung der Wahlbezirke für die Wahlen zur Verbandsgeneralversammlung bedarf einer kleinen Berichtigung: Die Ortsgruppe Dülken fehlte in der Aufstellung. Dülken bildet einen Wahlbezirk für sich und wählt einen Delegierten. Vorsitzender der Ortsgruppe ist Jos. Ramacher, Dülken, Biersenerstr. 18. Ebenso fehlte in der Aufstellung Mürs. Die Ortsgruppe gehört zum 8. Wahlbezirk (Wahlort St. Lönis). Vorsitzender der Ortsgruppe ist Franz Arey, Mürs.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Saan (27. Wahlbezirk) ist Wilh. Hochkappel, Saan, Talstr. 36. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Seeburg (28. Wahlbezirk) heißt nicht Franz Galm, sondern Franz Gahn.

Wir bitten bei dieser Gelegenheit nochmals, in Zuschriften an die Zentralstelle die Namen immer besonders deutlich zu schreiben, da sonst unangenehme Verwechslungen und Unrichtigkeiten kaum zu vermeiden sind.

Versammlungskalender.

- Barmen. 29. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Mertin, Parlamentsstr. 1, außerordentliche Generalversammlung.
- Berchlag. 29. Juni, 7 Uhr, im Lokale Westfälischer Hof, Carl Jäger.
- Greifath. 29. Juni, 11 Uhr, bei Wilh. Kemppe.
- Forst (Saus). 25. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Grafmann, Gerberstraße.
- Döhrup. 30. Juni, vierteljährliche Abrechnung der Verbandsmitglieder.
- Rheyd. 7. Juli, Ausflug nach Wegberg-Lützenbroich, Abfahrt 1.28 Uhr nachmittags ab Hauptbahnhof. Sammlung 1 Uhr Hauptbahnhof-Vorplatz.
- Wirselen. 30. Juni, 10 Uhr, bei Schümmer, an der Kirche, ordentliche Generalversammlung.
- Werden (Ruhr). 23. Juni, 10 Uhr, zur Krone, am Markt, Generalversammlung.

Betrath. Allgemeiner Konsumverein „Glück auf“, a. G. m. b. H. Sonntag, den 23. Juni, abends 7 Uhr, im Lokale von Joh. Kamper, Hoven, ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahl der Revisoren. 3. Aenderung des Statuts § 25. 4. Entschädigung für Verwaltung. 5. Berufung eines ausgeschiedenen Mitgliedes. 6. Mitteilungen. Zu dieser Versammlung ladet die Mitglieder nebst Frauen ergebenst ein Der Aufsichtsrat. S. A.: Friedr. Niveßen, Vorsitzender.

Literarisches.

Materialkunde der Textilindustrie. Die Rohmaterialien und deren Verarbeitung zu Gespinnsten. Von Bernhard Kozlik, Professor an der k. k. Fachschule für Textilindustrie in Wien. Verlag von Alfred Hölder, I. und I. Hof- und Universitätsbuchhandlung, Wien I, Notenturmstr. Preis 1 Krone, 50 Heller. (1,25 M.)

Die Literatur über die Materialien in der Textilindustrie ist ja nicht gerade arm, aber wir müssen die vorliegende billige Schrift doch zu den besten zählen von allem, was uns in der textilen Rohstoffkunde bisher gedruckt zu Gesicht gekommen ist. Der Verfasser behandelt sein Thema zwar kurz und gedrängt, aber nicht absehwächer in der Sache erschöpfend und klar. Die 80 Seiten starke, mit einem übersichtlichen Inhaltsverzeichnis und Sachregister versehene Schrift bildet — mit einem Satz gesagt — ein vorzügliches Lehrbuch in der recht vielfältigen textilen Materialkunde, dessen Anschaffung wir allen interessierten Lesern empfehlen können. Namentlich unseren jüngeren Mitgliedern, die Fachstudien betreiben, wird das Büchlein sehr gute Dienste leisten und eine Einführung in die Rohstoffkunde der Textilindustrie bieten, wie sie sie besser kaum in einer anderen Schrift erhalten werden. Bestellungen können auch bei der Buchhandlung des Gesamtverbandes in Köln gemacht werden.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Rundgebungen zu der neuesten Aktion der „Berliner“ gegen die christlichen Gewerkschaften. — Wird der Papst den katholischen Arbeitern verbieten, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen? — Feuilleton: Brief einer Verbandskollegin. — Allgemeine Rundschau: Die neueste Aktion der „Berliner“. — Die „Genossen“ als Hüter der — päpstlichen Autorität. — Die Stimmung im Lande. — Gewerkschaftsbewegung und Produktionssteigerung. — Christliche Gewerkschaften und Koalitionsrecht. — „Gewerkschaftliche“ Grundzüge der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsleitung. — Mehr soziales Verständnis. — Zum roten Parteistreit in Württemberg. — Das Treiben der Genossen in der Schweiz. — Aus unserer Industrie: Aus den süddeutschen Spinnereien, Webereien, Druckereien und Appretur-Anstalten. — Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat April. — Ausichten für die amerikanische Baumwollenernte. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — An die Ortsgruppenverwaltungen! — Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten: Amers St. Georg. — Blaidach (bayr. Allgäu). — Aus unseren Bezirken: Arbeiterinnen- agitation in Sachsen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Allersberg bei Nürnberg. — Goeßfeld. — M.-Gladbach. — Neumünster. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Errichtung eines christlichen Gasthauses in Leipzig. — Wie es Arbeiterinnen ergehen kann in Unfallsachen. — Die Lohnzahlung an minderjährige Arbeiter. — Berichtigung. — Versammlungskalender. — Anzeige. — Literarisches.